

Die Zeitung erscheint  
täglich des Abends.  
Bestellungen werden  
angenommen von al-  
len Postämtern des  
In- und Auslandes.

# Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Viertel-  
jahr 2 Mr. —  
Inserionsgebühr für  
den Raum einer Zeile  
1 1/2 Gr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Portugal. — Spanien. — Großbritannien. († London.) — Frankreich. (\* Paris.) — Belgien. — Deutschland. († Aus Baiern; † Nürnberg; Hannover; \* Stuttgart; Kassel; Bremen.) — Preußen. (Berlin; \*\* Berlin.) — Schweiz. (\* Luzern.) — Italien. (Livorno.) — Türkei. (Konstantinopel.) — Aufkündigungen.

## Portugal.

Lissabon, 9. Jan.

Die Kammer der Abgeordneten hat den Vorschlag ihres Ausschusses (Nr. 16), nach welchem alle Wahlen, mit Ausnahme derjenigen für die Provinz Braga, für gültig erklärt werden sollten, mit 55 gegen 32 Stimmen angenommen. Gestern ist José Caetano de Campos zum Präsidenten dieser Kammer, in der er bereits früher den Vorsitz geführt hat, für die diesjährige Session ernannt worden; die Verhandlungen über die Antwortadresse auf die Thronrede haben noch nicht begonnen. Stärker als je spricht man von einer nahe bevorstehenden Änderung des Ministeriums. Auch ist die Rede von einer angeknüpften Unterhandlung zwischen der englischen und portugiesischen Regierung, welche die Abtretung der Azoren an die erstere gegen einen Kaufpreis von 1,200,000 Pf. St. betreffen soll.

## Spanien.

Madrid, 8. Jan.

Die letzten Cortesverhandlungen waren ohne Interesse für das Ausland. Ein von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf in Betreff einer Requisition von einigen Tausend Maulthieren für den Dienst des Staates, dessen Berathung bereits begonnen hatte, ist zurückgenommen worden. Hr. Perez de Castro ist noch nicht angekommen, wird aber täglich erwartet. — Der Castellano meldet, daß General Narvaez am 27. Dec. in Gibraltar angekommen und von dem Gouverneur, sämtlichen Offizieren und den Behörden, sowie von einer zahllosen Menschenmenge feierlich empfangen worden sei. Ihm zu Ehren seien die Glocken geläutet, die Häuser mit Teppichen geschmückt und Abends eine allgemeine Illumination veranstaltet worden. Das Unwahrscheinliche dieser Angabe erhellt auf den ersten Blick; auch sagt der in Madrid erscheinende Correo Nacional, der sie wiederholt, hinzu, daß ihm keine ähnliche Nachricht zugekommen sei. Nachrichten aus Lissabon melden dagegen, Narvaez sei am 29. Dec. am Bord eines englischen Schooners zu Lagos in Algarbien angekommen.

— Ein Schreiben aus Bayonne vom 14. Jan. zieht die Richtigkeit des karlistischen Bulletins über das Treffen bei Ampuero (Nr. 20), über welches von Seiten der Christinos noch gar nichts bekannt geworden ist, stark in Zweifel und spricht die Vermuthung aus, daß jener in Azcoitia bekannt gemachte Bericht wol nur bezwecke, die im karlistischen Hauptquartier anwesenden britischen Parlamentsmitglieder, denen der Oberst Alvarez de Toledo, Sohn des Herzogs von Infantado, zum Begleiter auf ihrer Reise durch die baskischen Provinzen beigegeben worden ist, zu täuschen und ihre Aufmerksamkeit von dem für die Karlisten nachtheiligen Gefechte bei dem Fort Ruenalet (Ramales?) in der Provinz Santander, dessen sich die Christinos bemächtigt haben, abzuziehen. Nach demselben Schreiben soll Lord John Hay über den von Madrid aus ertheilten Befehl zur Auflösung der Junta in Bayonne, welche bestimmt war, die Operationen der Fuesisten zu leiten, sehr misvergnügt gewesen sein und anfänglich beabsichtigt haben, die englische Artillerie aus dem Lager Muñagorri's zu entfernen, aber durch die Vorstellungen des Obersten Colquhoun davon abgebracht worden sein. Muñagorri erhielt regelmäßige Geld- und Proviantsendungen durch den spanischen Consul in Bayonne; die Nachricht von der Auflösung seines Corps erweist sich als völlig ungegründet.

## Großbritannien.

London, 16. Jan.

In Beziehung auf das gestern von uns erwähnte Gerücht, daß die Minister die Veränderung der Getreidegesetze in der Thronrede

empfehlen würden, sagt der Sun, diese Angabe werde durch den Umstand wahrscheinlich, daß Hr. Wood, einer der Gegner der Getreidegesetze, die Adresse unterstützen solle. „Dies würde eine kühne, redliche und männliche Politik sein und könnte am Ende die Macht der Minister verstärken und den Staat retten. Wir sind jedoch weit entfernt, mit allzu großer Hoffnung auf den Erfolg zu bauen, denn wir kennen die große Macht des selbstischen, unsittlichen und verderbten Interesses, das 24 Jahre hindurch unter dem Gesez erstarkt ist und nun unter der Larve der Vaterlandsliebe gegen die Aufhebung desselben in die Schranken treten wird.“

— Aus der Bekanntmachung der Commissarien der Staatsschuldenentilgung, sagt der Spectator, gehe hervor, daß die Ausgabe für das am 10. Oct. 1838 geschlossene Jahr die Einnahme um 795,839 Pf. St. übersteige, und daher, wie es gesetzlich bestimmt ist, keine Summe zur Tilgung der Staatsschuld verfügbar sei. Dieser Ausfall aber sei nur eine Kleinigkeit gegen die Summen, welche man von dem Parlamente fordern werde, um die Kosten für Kriegsrüstungen in Canada und an andern Punkten zu bestreiten. Die Ausgaben, welche der ehemalige Gouverneur von Obercanada, Sir Francis Head, zu verschiedenen Zwecken gemacht habe, würden in Erlaunen setzen, und die Kosten des letzten Ausbruches in Canada ließen sich auf Millionen anschlagen. Der Kanzler der Schatzkammer brauche wahrscheinlich 5,680,000 Pf. St. zur Bezahlung der Januar-Dividende und werde diese Summe von der Bank borgen müssen. Ehe neue Steuern ausgeschrieben und erhoben werden könnten, müßten beträchtliche, die gewöhnlichen Einnahmen übersteigende Zahlungen für Canada und die Rüstungen in Indien geleistet werden. Die Regierung sinke immer tiefer in Schulden, und man möge von den Ministern bei der Eröffnung des Parlaments eine verständliche und redliche Darlegung des Finanzzustandes und der Aussichten des Landes verlangen.

— Einige Mitglieder des Ausschusses des Vereins für die Abschaffung der Kirchensteuern hätten, wie der Courier meldet, unlängst eine Zusammenkunft mit dem Kanzler der Schatzkammer, welcher ihnen versichert, das Ministerium habe die Absicht, nach der Eröffnung des Parlamentes auf die Wiedereinsetzung des Ausschusses für die kirchlichen Pachtungen anzutragen, damit derselbe die frühern Untersuchungen vollenden und dem Parlament einen Bericht vorlegen könne. Er gab zugleich in allgemeinen Ausdrücken zu verstehen, daß die Regierung ihre Bemühungen für die Abschaffung der Kirchensteuern nicht aufgeben werde.

— Die in den Manufacturgegenden durch die Verhaftung des Predigers Stephens veranlaßte Aufregung, sagt der Spectator, habe ziemlich aufgehört, und es werde sich wahrscheinlich ergeben, daß man seinen Einfluß und seine Beliebtheit bei dem Volk überschätzt habe. Es seien keine Ruhestörungen vorgefallen, und die Aufregung unter dem Volke scheine in einigen heftigen Reden gegen die Commissarien der Armenpflege hinlänglich verbracht zu sein. Man habe keine weitem Verhaftungen vorgenommen und die Anklage, auf welche Stephens vor die Assisen gestellt werden solle, beziehe sich, dem Anschein nach, nicht bloß auf seine Reden in der Versammlung zu Leigh am 13. Nov., sondern mehr auf eine Verschwörung zur Verhinderung der Wirksamkeit der Geseze. Es bedürfe jedoch eben nicht einer Verschwörung, um die Vollziehung des Armengesetzes in Südengland zu hindern. Die Unausführbarkeit desselben werde selbst von Denjenigen zugegeben, welchen die Vollziehung obliege. Die Commissarien in mehreren Armenbezirken hätten bereits Unterstüßungen außerhalb der Armenhäuser, gegen den Buchstaben des Gesezes, bewilligt. Ganz neuerlich habe sich die Unausführbarkeit des Sp-

stems in einem volkreichen Bezirke von Wiltshire gezeigt, wo Tagelöhner mit ihren Familien sich lieber in einem Armenhaus ernähren als für sieben Schillinge Wochenlohn nebst Brot arbeiten wollten, und da das Armenhaus zur Aufnahme derselben nicht geräumig genug gewesen sei, so habe man zu dem alten System zurückkehren und die Dürftigen bei dem Straßenbau beschäftigen müssen. Selbst das Morning Chronicle gesteht ein, daß das neue Armengesetz nur auf gewöhnliche Zeiten berechnet sei, und wenn man in einem Armenhause bessere Nahrung finde, als fleißige Leute sich durch freie Arbeit verschaffen könnten, so halte das System nicht die Probe.

— Der Mörder des Lords Norbury, sagt der Globe, werde fortan zu den Verbündeten der Tories gehören, wenigstens desjenigen Theiles dieser Partei, welcher der Gerechtigkeit, der Wahrheit und dem Anstande zum Trost jeden Vorfall zu Parteizwecken entstellen und jeden Mord, sei er an einem Bauer oder an einem Lord begangen worden, freudig bewillkommen würde, wenn er darin ein Mittel sähe, seine Absichten durchzusetzen und jene Überlegenheit zu sichern, die er nur insofern schätze, als dieselbe ihm Gelegenheit darbiete, seinen Stolz und seine Unduldsamkeit auf Kosten des Vaterlandes zu befriedigen. Es sei möglich, sagt der Globe hinzu, daß der Tod des Lords in der Dämmerung das Ergebnis eines Zufalls gewesen sei, aber, obgleich er annehme, daß ein Meuchelmörder das Gewehr abgefeuert habe, so sehe er doch nirgend einen Beweis, daß der Mörder ein Anderer gewesen sei als ein Bösewicht, der für eine Unbill, an welcher nach seiner Meinung der Lord Antheil gehabt habe, Rache üben wolle. Man könne die That weder einem religiösen noch einem politischen Beweggrunde zuschreiben, sie sei das Ergebnis eines Verhältnisses zwischen Grundherrschaft und Pächter, welches in seiner Natur das verderbteste und in seinen Wirkungen das entsetzlichste sei, das sich denken lasse. Es liege am Tage, daß keine Regierung die Macht habe, Ereignisse zu hindern, die aus Umständen hervorgehen, welche mit der ganzen gesellschaftlichen Einrichtung verflochten seien. Blinde Parteiwuth, boshafter Parteigroll würden dieselben der Regierung zur Last legen, der sie feindlich gegenüberständen, um politische Aufregung hervorzurufen; aber jeder Freund der Wahrheit erkenne die Ungerechtigkeit und verachte den Beweggrund.

† London, 15. Jan. Die meisten der bedeutendsten Städte Englands scheinen dem von Manchester gegebenen Beispiele sich anschließen zu wollen, um einen vereinigten Hauptangriff auf die Korngesetze und die Begünstigungen der Grundeigentümer zu machen. In Birmingham hat der Stadtrath ebenfalls sich der Sache angenommen, und in London stellen sich, wie es schon in Marylebone geschehen ist, die Vorstände der Gemeindeprenge an die Spitze. Es wird also ein hartes Aufeinanderstoßen der sich widerstrebenden Interessen der Agriculturisten und der Manufacturisten und Gewerbetreibenden geben. Der toryistische Standard und die liberale Erin (ein neues, gutgeschriebenes Wochenblatt), sowie Jeder, der die englischen Verhältnisse nicht bloß oberflächlich betrachtet, stimmen darin überein, daß die Übel, die durch die Aufhebung der Korngesetze beseitigt werden sollen, nicht in diesen liegen, sondern in den Folgen der ungeheuern Nationalschuld. Wenn die Manufacturisten die Aufhebung der Korngesetze verlangen, so können die Agriculturisten mit gleichem Rechte, wie sie meinen, die Abschaffung der Einfuhrzölle für Manufacturen und Producte des Auslandes fordern. Die Aufhebung der Korngesetze setzt einen Staatsbankrott oder eine gänzliche Umgestaltung aller politischen Verhältnisse Englands voraus. Es ist daher an eine Abschaffung derselben, so drückend sie auch für die Klassen der Arbeiter und Armen sind, kaum zu denken. Deswegen ist auch der Sage sehr schwer zu glauben, daß die Minister auf die Seite der Gegner der Korngesetze treten und in dieser Beziehung auch die Thronrede einen wesentlichen Punkt erhalten sollte, von dem man selbst die Auflösung des Parlamentes abhängig machen würde, im Falle die Minister bei der Adresse eine starke Opposition zu erfahren hätten. Lord J. Russell mußte die wesentlichsten Grundsätze seiner Politik geändert, und überhaupt mußte die ganze ministerielle Politik von dem conservativen Weg, auf dem sie sich gezeigt, wieder abgehen. Es wiederholt sich freilich das bereits gemeldete Gerücht, Lord J. Russell werde sich zurückziehen. Alle diese Dinge sind wenigstens insofern bemerkenswerth, als sie auf die oberschwebende Ungewißheit in den Verhältnissen hindeuten. Auch wäre es allerdings möglich, daß das Ministerium insofern eine Auflösung des Parlamentes und eine neue Wahl auf irgend eine Weise herbei-

zuführen suchte, um die Gesinnung des Landes zu befragen, damit man erfahre, ob dieselbe seit den letzten Wahlen noch mehr conservativ geworden, oder die Reformpartei wieder mehr Aussicht hat. Das Schwankende in der ministeriellen Politik, wie es sich in der letzten Session kund gegeben hat, läßt sich auf die Dauer nicht festhalten. Bevor man eine bestimmtere Richtung einschlägt, könnte eine Befragung des Landes um seine Wünsche wol an ihrem Plage sein, um so mehr, als die Umstände grade so sind, daß eine Zunahme der conservativen Richtung bei den Wählern sich vermuthen läßt. — Aus Canada sind neue Nachrichten angelangt, vorausgesetzt, daß sie sich bestätigen. Aus Unter-Canada sollen durch einen Einfall vom Staate Vermont 20 britische Loyalisten über die Grenze geholt worden sein, um an ihnen die verurtheilten Gefangenen aus den Vereinigten Staaten zu rächen. Man hofft hier, daß sich diese Nachrichten als ungegründet erweisen werden, weil sie einen fürchterlichen Zustand bezeugen würden, der beinahe an Spanien erinnerte. Britischerseits sollte man hinsichtlich der Vollziehung der Todesstrafe gegen die Yankee mit Milde verfahren. Die canadischen Gefangenen, die gestern und heute vor dem hiesigen Gerichte der Queen's Bench gestanden haben, sind zum Theil junge Leute von 16—17 Jahren; sie sind offenbar Verführte. Transportationen und Todesstrafen gegen Knaben zu erkennen, ist zu hart, selbst unter den jetzigen schwierigen Umständen. Die Yankee, wenn das Gefühl für ihre Landesleute und der Drang, ihnen zu helfen, lebendig ist, sind dann auch die Leute dazu, verzweifelte Mittel anzuwenden. Die Executionen nützen nichts, sie dienen nur dazu, das Übel zu vergrößern, weil die Leidenschaften dadurch gesteigert werden. Der Aufstand artet so immer mehr in einen kleinen Räuberkrieg zwischen der britischen Regierung in Canada und den von keiner Gewalt gezügeltten Nordamerikanern aus, der noch Jahre lang fortauern oder bei der geringsten Veranlassung immer wieder frisch aufleben kann.

### Frankreich.

Paris, 18. Jan.

Der Commerce meldet, daß die Leibärzte des Königs den größten Theil des gestrigen Vormittags in den Tuilleries anwesend gewesen wären. In Folge des Todes der Herzogin von Würtemberg und des Eindruckes, den dieser Trauerfall auf die Königin gemacht, soll die Gesundheit dieser Letztern Besorgnisse erwecken.

— Das Journal de Paris erzählt: „Man versichert uns, daß ein Deputirter, welcher für das Ministerium votirt hat, gestern nach dem Schlusse der Sitzung äußerte: „Wir geben unsere Stimme der modificirten Adresse, weil Hr. Molé uns im Namen der Kronprätrogative darum ersucht hat, indem er sich zugleich auf Ehre sowie für sich als im Namen seiner Collegen verpflichtet, gleich nach der Abstimmung über die Adresse sein Portfeuille abzugeben.“ Der Deputirte, an den diese Erklärung gerichtet wurde, entgegnete dem vertrauensvollen Volksvertreter: „Sie haben da einen Wechsel, mein Guter, den ich Ihnen um der Ehre Ihrer Unterschrift willen nicht zu giriren rathe!“

— Der National äußert über die gestrige Abstimmung in der Deputirtenkammer: „Von nun an hat die berühmte scholastische Vertheidigung des Esels Buridan's, der zwischen zwei an Maß und Gewicht ganz gleichen Heubündeln Hungers starb, ihren ganzen Werth verloren; man wird künftig von Jedem sagen, der aus Unentschlossenheit zu keiner Entscheidung kommen kann, er sei unentschlossen wie die Deputirtenkammer von 1839.“

— Man sagt laut, daß die Coalition, wenn sie in dem gegen das Ministerium begonnenen Kampfe unterliegt, unter dem Vorwande, den Wahlen ihre Aufrichtigkeit wiederzugeben, eine neue Gesellschaft nach Art derjenigen, die früher unter dem Titel: Aide-toi, le ciel t'aidera! bestand, wieder begründen werde.

— Die französische Flotte bestand am Schlusse des vorigen Jahres aus 281 im activen Dienste befindlichen Fahrzeugen, nämlich 24 Linienschiffen, 37 Fregatten, 22 Kriegscorvetten, 8 Avisocorvetten, 49 Briggs, und 74 kleinern Fahrzeugen, als Gooletten, Kutter, Bombenschiffe u., 15 Transportcorvetten, 24 Transportgabarren und 29 Dampfschiffen. Außerdem befanden sich im Bau 27 Linienschiffe und 26 Fregatten, ungerechnet die Schiffe niedrigeren Ranges, sowie 9 Dampfboote; in Ausbesserung 3 Fregatten.

\* Paris, 18. Jan. Ich würde es für verlorene Mühe halten, wenn ich Ihnen über jedes einzelne Votum der Kammer, welche sich heute dem Ministerium, morgen der Coalition zuneigt, noch fernerhin einen auf Gründe und wahrscheinliche Folgen eingehenden Com-

men  
stehe  
fache  
scheit  
mein  
der  
fegen  
feiner  
drück  
ies e  
sie b  
dem  
ein,  
vorge  
schein  
nachd  
fen h  
es ver  
aufre  
minif  
aus  
Höhe  
der C  
Der  
ist, d  
erhöb  
tigen  
gend  
lich  
nem  
findig  
hat,  
schehe  
habe,  
ziehun  
wie in  
fehlt i  
lich  
parlar  
cuffion  
schon  
ten.  
rührt  
innere  
Adress  
Doch  
von  
griffe  
Hr. J  
sagt  
nomin  
dabei  
gierun  
nigsten  
Kamm  
über  
ständig  
Graf  
Soult  
den,  
anverte  
seine  
zug fü  
aberm  
lich un  
man u  
hätte  
bessere  
mer se  
betrach  
scheint,  
Marsch  
Unter  
nige M

mentar liefern wollte. Auf dem Punkte, wo wir nun jetzt einmal stehen, hat auch, offen gestanden, eine einzelne parlamentarische Thatsache an sich gar wenig Bedeutung mehr; sie ändert nichts, sie entscheidet nichts und ist nur immer ein neuer Beweis zu der allgemein anerkannten Wahrheit, daß der trostlose Zustand, in welchem der Tobekampf des Ministeriums vom 15. April Frankreich zu versetzen droht, keine Dauer haben kann und daß es die höchste Zeit ist, seinen in die europäische Politik so tief eingreifenden Folgen auf nachdrückliche Weise vorzubeugen. Da man jetzt von der Kammer Alles erwarten kann und es schon für ziemlich gleichgültig hält, ob sie bald so, bald anders stimmt, ob sie heute der Coalition, morgen dem Ministerium angehört, so fällt es auch gar Niemandem mehr ein, sich über Das zu wundern, was wieder in der gestrigen Sitzung vorgegangen ist und ein schreiender Widerspruch gegen Das zu sein scheint, was vorgestern den Triumph der Coalition ausmachte; denn nachdem man einmal das Amendement des Hrn. Amilhau verworfen hatte, hätte man meinen sollen, daß der Paragraph, dessen Sinn es vernichten sollte, gerettet gewesen wäre und in seiner ganzen Stärke aufrecht erhalten werden würde. Dem ist aber nun nicht so. Eine ministerielle Majorität von 220 Stimmen, welcher, wie wir soeben aus den Blättern sehen, ein bloßer Zufall die Ehre der historischen Höhe von 221 Stimmen verweigert hat, hat über die Minorität der Coalition von 213 Stimmen abermals den Sieg davongetragen. Der Paragraph ist verworfen worden und die natürliche Folge davon ist, daß sich nun die Adresse nach allem Geschrei, was man darüber erhoben hat, gar nicht über den allgemeinen Charakter der auswärtigen Politik des Ministeriums vom 15. April ausdrückt, weder billigend noch mißbilligend. Dem Ministerium kann es nun aber freilich Niemand verwehren, das alte „Qui tacet, consentit“ hier zu seinem Vortheil in Anwendung zu bringen. Auf die dialektischen Spitzfindigkeiten, mit welchen man sich in der gestrigen Sitzung abgemüht hat, um klar zu machen, daß Alles, was in den letzten Tagen geschehen, frei von allem Widerspruche sei und sich ganz natürlich gefügt habe, wird Niemand großen Werth legen. Wir halten in dieser Beziehung die Apologie der Kammer, welche Thiers versucht hat, wol, wie immer, für geistreich und gewandt, aber nicht für glücklich. Es fehlt ihr doch eigentlich die innere Wahrheit, und Thiers wird schwerlich selbst die gestrige Sitzung den glänzendsten Momenten seines parlamentarischen Lebens beizählen. Überhaupt hat die gestrige Discussion, welche ihrer Natur nach auf häufige Wiederholungen des schon oft Gesagten verwiesen war, kein besonderes Interesse dargeboten. Am Ende der Sitzung ist die afrikanische Frage nur leicht berührt worden. Sie bildet den Übergang zu der Discussion über die innere Politik, gehört aber ihrem Gehalte nach weit weniger in die Adresse als in das Budget, an welches man sie verwiesen hat. Doch knüpft sich diesmal, in Folge der Errichtung des Bisthums von Algier, die etwas allgemeinere Frage in Bezug auf die Umgriffe der geistlichen Gewalt und ihr Verhältnis zur Regierung daran. Hr. Isambert hat gestern noch darüber gesprochen; in welchem Sinne, sagt schon sein Name. Erst heute wird dieses Thema wieder aufgenommen und wahrscheinlich gründlich behandelt werden; doch wird dabei um so weniger etwas Ersprießliches herauskommen, da die Regierung neuerdings in diesem Punkte der öffentlichen Meinung, wenigstens scheinbar, einige Zugeständnisse gemacht hat. — Außerhalb der Kammer concentriren sich jetzt unter den hundert Gerüchten, welche über die Veränderung des Ministeriums im Umlaufe sind, die verständigsten Ansichten auf folgende, fast einzig mögliche Combination: Graf Molé bleibt an der Spitze des Cabinets, in welches Marschall Soult und vorläufig zwei oder drei Freunde von Thiers gezogen werden, bis man, nach einiger Zeit, Thiers selbst wieder ein Portefeuille anvertraut. Denn ungeachtet er, wie sich gestern Jemand ausdrückte, seine Schiffe selbst in Brand gesteckt hat und sich somit den Rückzug für immer abgeschnitten zu haben scheint, so hält man doch eine abermalige Verständigung mit ihm in den Tuileries noch für möglich und in jedem Falle für weit angemessener als mit Guizot, den man um jeden Preis vermeiden will. Die angegebene Combination hätte dann, wie man wenigstens hofft, den Vortheil, daß man eine bessere Majorität gewinnen würde, ohne zur Auflösung der Kammer seine Zuflucht zu nehmen, welche der Regierung, man mag sie betrachten wie man will, immer als eine gefährliche Maßregel erscheint, die man nicht wagen dürfe. Thatsache ist übrigens, daß der Marschall Soult in diesen Tagen mit Ludwig Philipp eine lange Unterredung gehabt hat, und der Herzog von Decazes, welchen man einige Mal bei Soult und Thiers bemerkt hat, scheint beauftragt zu sein,

die Verständigung Weiber mit Graf Molé vorzubereiten. — Es scheint jetzt entschieden zu sein, daß die Sendung des Hrn. de Merode, bei welcher es, wie Sie wissen, auf eine Lösung der belgischen Territorialfrage mittels einer Geldentschädigung abgesehen war, nicht den erwünschten Erfolg gehabt hat. Das Cabinet der Tuileries wäre wol geneigt gewesen, die verlangten Garantien zu geben; allein die kategorische Weigerung Preußens, überhaupt auf einen solchen Vergleich einzugehen, läßt den guten Willen Frankreichs ohne Zweck und macht dergleichen Garantien an sich unmöglich. Es versteht sich übrigens von selbst, daß nun die Besorgnisse wegen einer am Ende doch noch verhängnißvollen Lösung der belgischen Frage wieder lebhafter sind als je zuvor. — Im Westen, namentlich im Departement der untern Charente, dauern die Unruhen wegen der Getreideausfuhr noch fort und scheinen selbst mit jedem Tage weiter um sich zu greifen. Sie haben aber ihren Grund offenbar mehr in Localverhältnissen als in allgemeinem Mangel; an wahren Mangel ist jetzt nicht zu denken. Sie können daher auch eigentlich nicht gefährlich werden, sobald man es nicht dazu kommen läßt, daß sie, in allgemeinerer Aufregung, zum Werkzeuge böswilliger Machination gegen die Regierung gemacht werden könnten.

### Belgien.

Der *Politique* vom 16. Jan. meldet: „Wir vernehmen soeben, daß eine holländische Patrouille die Grenzen überschritten und in dem eine Meile von den Grenzen entfernten Dorfe Lommel in der Provinz Limburg elf Zollbeamte von der dort liegenden Brigade sammt der Kasse des Einnehmers aufgehoben hat. Diese unvor-gesehene Verletzung unsers Gebietes kann vielleicht die Bewegung unserer Truppen erklären, welche vorgestern statt gefunden. Jedoch können wir die Wahrheit dieser Nachricht nicht verbürgen und nur versichern, daß sie auf einem zu Hasselt und Tongern verbreiteten Gerüchte beruht.“

— Der *Temps* meldet in einem Schreiben aus Brüssel vom 16. Jan.: „Während in Holland bedeutende Bewegungen und Zusammenziehungen der Landtruppen statt finden, herrscht zugleich auf den dortigen Schiffswerften die größte Thätigkeit; 120 Boote, die geeignet sind, alsobald als Goelotten ausgerüstet zu werden, sind fertig, und obwohl die Holländer versichern, daß sie für ihre orientalischen Besitzungen bestimmt sind, so betrachtet man sie doch in Belgien mit Mißtrauen, als wäre darunter ein geheimnißvoller Plan verborgen, wobei nicht Belgien allein theilhaftig wäre. Unsere Bürgergarde wurde seit einigen Jahren sehr vernachlässigt. Wir besitzen Städte, wie Antwerpen, wo sie gänzlich in Vergessenheit gerathen ist; jedoch hat sie sich auf den bedrohten Punkten, besonders in Arlon, von selbst neu gebildet. Man spricht von Schritten, die in dieser Hinsicht bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Rothomb, unter dessen Verwaltung diese Institution steht, gethan worden sind; man wünscht, daß er das Zeichen zu ihrer allgemeinen Auferweckung gebe. Gestern fand eine Versammlung mehrerer einflussreichen Mitglieder der Kammer der Repräsentanten statt; es handelte sich dabei davon, zu erfahren, ob eine politische Interpellation über die gegenwärtige Lage der Dinge an das Ministerium in einer der ersten Sitzungen gerichtet werden sollte; die Erörterung dieser Frage wurde sehr heftig discutirt. Man will der Regierung seine Unterstützung leihen; man fürchtet, daß ein längeres Stillschweigen die Anhänger der Zugeständnisse glauben machen möchte, man trage vor Erklärungen Scheu. Noch ist die Furcht auf Seiten dieser letztern. Gestern äußerte sich ein Repräsentant, welchen seine finanziellen Interessen zuerst zum Aufgeben der Gebietsfrage veranlassen sollten, gegen eins der Häupter der Widerstandspartei — wie man Diejenigen in Belgien nennt, die sich der Abtretung der streitigen Gebietscheile widersetzen — beifällig über die Sendung des Grafen de Merode nach Paris und des Hrn. de Serlache nach London. — Unsere industriellen und finanziellen Zustände sind nach der fürchterlichen, kürzlich erfolgten Erschütterung erträglich zu nennen. In Brüssel selbst zeigt sich im Handel, trotz der am Ende des Jahres eingetretenen Verlegenheit, die noch nicht zu Ende ist, kein bemerkenswerther Unfall. Die Regierung zaudert noch immer, der anglo-belgischen Bank die nach-gesuchte Ermächtigung zu erteilen; sie schwankt noch immer zwischen der Hoffnung, wie es Einige, der Täuschung, wie es Andere nennen, die belgische Bank dadurch wieder zu beleben, daß man ihre Verwaltung fähigern Händen anvertraut und dem Plane der Errichtung einer Discontokasse durch Einheimische, welche mit Hilfe der Regierung zu Brüssel gegründet werden soll.“

— Das Handelsblatt enthält folgendes Schreiben aus Brüssel vom 16. Jan.: „General Daine hat seinen festlichen Einzug in Venloo gehalten. Derselbe hat es über sich genommen, die Festung einen Monat lang zu vertheidigen; er ist ein trefflicher Kriegsmann, aber erfahrene Militairs versichern einstimmig, daß die Festung nicht vier Tage Widerstand leisten kann; vor 40 Jahren hat General Vandamme dieselbe im Vorüberziehen erobert. Trotz den während der vorigen Woche eingetroffenen Nachrichten der Truppenbewegungen in Holland hat der Chef des Generalstabes noch nicht für nöthig gefunden, Brüssel zu verlassen, und der commandirende Oberst des Jägerregiments, das vor allen zur Vorhut gehören muß, hat die Erlaubniß erhalten, sich noch ein paar Wochen in Brüssel aufhalten zu können; im Kriegsministerium herrscht jedoch noch fortgesetzte Thätigkeit; das 19. Regiment der Reserve soll completirt und auf den Kriegsfuß gesetzt werden.“

### Deutschland.

† Aus Baiern, 18. Jan. Ich melde Ihnen vor einiger Zeit (Nr. 355 v. J.), daß das Ministerium des Innern die Klagen der bairischen Buchhändler gegen den Centralschulbücherverlag dem Magistrat zu München, dem zuständigen Forum in Gewerbsachen, als erster Instanz, und der königlichen Regierung von Oberbayern als zweiter Instanz überwiesen habe. Die bei dieser Frage Beteiligten aber haben sich bewogen gefunden, diesen Instanzenzug nicht anzunehmen, vielmehr in einer neuen Bittschrift darum nachgesucht: „der König möge nach Vernehmung des Staatsrathes beschließen, der Centralschulbücherverlag sei fernerhin, wie bisher, auf das Privilegium zur Herausgabe der Schulbücher für die deutschen Schulen zu beschränken, und habe sich der Herausgabe von Lehrbüchern für die höhern Lehranstalten sowie des Verkehrs mit nicht in seinem Verlag erschienenen Werken zu enthalten, zu Commissionairen für den Debit seines eignen Verlages aber der concessionirten Buchhandlungen des Königreiches sich zu bedienen und sich überhaupt den Gesetzen und Verordnungen für das Gewerbswesen im Allgemeinen sowol, als über Buchhändler und Buchdrucker insbesondere entsprechend zu verhalten.“ Die Buchhändler waren bei diesem Schritte der Meinung, daß sie durch die erwähnte Ministerialschließung lediglich an die Polizeibehörden verwiesen worden seien, welche den bloß polizeilichen Wirkungskreis nicht überschreiten können. Der Centralschulbücherverlag würde sich gegen ihre Beschwerden hinter den Ministerialschließungen vom 5. und 9. März und 2. Mai 1838, durch welche ihm die ungemessenen, ihre Gewerbsrechte verletzenden und vernichtenden Concessionen zugestanden worden, verschanzen, und keine Polizeibehörde als solche würde sich für ermächtigt halten, über die Rechtsgültigkeit solcher hohen Concessionen einen Ausspruch zu thun, vielmehr solche, so lange sie nicht von der competenten Staatsbehörde für kraftlos erklärt sind, anerkennen, und sie dann rechtlos und ohnmächtig dastehen. Diese Thatsachen stehen als rechtlich begründet da; aber es sind noch andere Gründe zu dem Entschlusse der bairischen Buchhändler vorhanden. Die Administration des Centralschulbücherverlages ist dem Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnet und die dieser Administration ertheilten Concessionen sind unmittelbar von demselben Ministerium ausgegangen; das Ministerium ist daher in vorliegender Sache den Buchhändlern gegenüber offenbar in ein Parteiverhältniß getreten und kann nicht zugleich die Competenz und den Instanzenzug der Parteien reguliren. Der Centralverlag, für eine wohlthätige Anstalt und fromme Stiftung erklärt, ist auch in dieser Eigenschaft dem Ministerium untergeordnet und eben diesem Ministerium ist die Aufsicht über den Centralverlag unmittelbar übertragen, woraus abermals folgt, daß das Ministerium im unmittelbaren Parteiverhältnisse gegen die Buchhändler steht und durchaus nicht befugt sein kann, die Competenz und den Gang für die vorliegende Sache zu bestimmen. Nach rechtlicher Überzeugung ist die Natur dieser Beschwerde so beschaffen, daß lediglich der königliche Staatsrath zur Berathung und Entscheidung derselben competent ist. Durch eine allerhöchste Verordnung vom 18. Nov. 1825, die Instruction für den königlichen Staatsrath betreffend, ist diese Behörde auch competent zur Berathung und Entscheidung über die Beschwerden der Unterthanen gegen die Ministerien wegen Kränkung der Eigenthumsrechte, worüber der Recurs an die ordentlichen Gerichtshöfe nicht gestattet ist, und die sich auch zur Entscheidung des Staatsrathes als dritte Instanz für gemischte Rechtsachen eignen. Ob nun das Eigenthumsrecht der bairischen Buchhändler durch das Benehmen des Centralverlages be-

schädigt ist, darüber kann wol kein Zweifel statt finden, denn der Druck und der Verlag aller Lehrbücher, Schriften, Classiker für alle Studienanstalten des Reiches ist ihnen entzogen, der Verkauf aller dieser Werke ihnen verpönt, eine Ministerialanstalt zum Druck, Verlag und Verkauf derselben, auch der nicht selbst verlegten, ausschließend begünstigt, mit der Befugniß, allenthalben im Land unbeschränkt Commissionare zum Verkauf aufzustellen. Man erwartet nun mit Sehnsucht von dem König eine Entscheidung, vermöge welcher der Centralverlag in seine Schranken zurückgewiesen werde; denn was unter den jetzigen Umständen aus dem Buchhandel in Baiern und aus der vaterländischen Literatur in allen Zweigen der Wissenschaft und Kunst würde, wenn diesen Beschwerden, welche die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland in Anspruch genommen haben, keine Abhülfe gewährt wird, dies zu beurtheilen überlassen wir dem Nachdenken jedes Unparteiischen.

† Nürnberg, 19. Jan. Bei uns beschäftigt man sich gegenwärtig fast ausschließlich mit dem Armenwesen. Wie der Handel überhaupt, so stocken ganz besonders die Manufacturwaarengeschäfte. Seit Jahrhunderten leben hier eine Menge Gewerbsleute bloß von Lieferungen für Manufacturisten, und wenn die Kaufleute aus Mangel an Nachfrage dergleichen Lieferungen nicht bedürfen, so sind die Arbeitsleute brotlos. Es ist unglaublich, zu welchen niedrigen Preisen die hiesigen Handwerker, die von den Kaufleuten leben müssen, ihre Waaren anbieten, um nur einigen Erwerb zu haben; man erkennt allgemein an, daß sie bei solchen Preisen nicht bestehen können; aber die Noth drängt, Einer drückt den Andern herab, man gibt um den halben Werth ab und versinkt in Armuth. Schon seit längerer Zeit wollte die Armensteuer nicht mehr zureichen; man half sich damit, daß man angehende Bürger höher anlegte, darüber gab es Beschwerden; nun ist man damit beschäftigt, die Armenbeiträge nach der Gewerbesteuer zu reguliren. Die Getreidepreise stehen gegenwärtig auch in unserm getreidereichen Baiern hoch; das Gewicht des Brotes wird immer geringer; darf man allerdings auch einmal dem Bauern, der auf seinem Grund und Boden ohnehin hohe Lasten zu tragen hat, eine gute Einnahme gönnen, so ist doch diese Theuerung des Brotes auf der andern Seite für den armen Bürger mit einer zahlreichen Familie sehr hart, zumal wenn man die hohen Holzpreise bedenkt. — Wir wurden in den letzten Tagen durch einige freche Diebstähle erschreckt; man weiß nicht, soll man sie den aus allen Gegenden herbeigezogenen Kanalarbeitern zuschreiben, die bei eintretender Kälte keinen Verdienst haben, oder sonstigen brotlosen Leuten, deren Geschäft in den Wintermonaten unterbrochen ist. Ein angesehener Mann wurde in einer sehr frequenten Straße Abends 11 Uhr räuberisch angefallen und konnte sich nur durch seinen Degensack retten, den er glücklicherweise bei sich führte. Daß Leuten des Nachts Kleidungsstücke, wie Mäntel und Halbtücher, vom Leibe gerissen werden, fällt hier fast in jedem Winter vor, und so auch zum Theil in diesem. Wie natürlich, sind bei solchen Vorfällen die Klagen über Mangel an Thätigkeit der Polizei allgemein, und sie sind auch gegründet. — Ein plötzliches Hochwasser hat den Kanalbauten bei Erlangen abermals Schaden gethan. Es ist dort eine schwierige Stelle, welche wol alljährlich vom Hochwasser leiden und Reparaturen erfordern wird. Möge es der Kunst gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Dieser Kanalbau bleibt für Deutschland, das so schwer an großartige Unternehmungen geht, immer rühmlich, und wir haben besonders in unserer Gegend Ursache, ihm den besten Erfolg zu wünschen. Glücklicherweise steht eine hohe Person, unser König, an der Spitze der Unternehmung, der gewiß nicht nachlassen wird, bis der Plan mit Erfolg ausgeführt ist.

— Die Kasselsche Allgemeine Zeitung enthält folgendes aus Hannover: „Hier anwesende Deputirte bezweifeln, ob die erforderliche Zahl von Mitgliedern der zweiten Kammer zusammenkommen werde; man hält dies für sehr bedauerlich, weil man glaubt, daß eine entschiedene Erklärung der Majorität nützlich wirken würde.“ — Nachrichten aus Göttingen zufolge ist Hr. Justizrath Conradi der Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung nicht ertheilt worden. — Man bespricht jetzt im Hanoverschen allgemein die Gutachten der Facultäten, welche von Dsnabrück nach Hannover gesendet sind. Es wird jetzt geltend gemacht, daß zwei derselben die Verbindlichkeit der Obrigkeit, die Steuern, wenn sie auch nicht von der staatsgrundgesetzlichen Ständeversammlung bewilligt sind, beizubehalten zu lassen, anerkennen. Um zu beurtheilen, auf welchen Voraussetzungen dieses beruhe und welche rechtliche Folgen aus der Anerkennung

einer zu w würd Beru tertth quenz Princ den k Bezug Schre Magi und J Hanon dem C Steuer gefeher indirec cultat den D die in treibun jenger im Rd von de werde, Grund Steuer als ind \* S zell, vo Verbree Mann verurthe niß bekl überhau laubniß eigentlic andere C schäftigun ren nur nern vo jede and ten Kan in die S geordnet gefest zu ihn als waren. Ka verändert Kurprinz genheit e die allerh beiführte rungen e der bekan Frankfur neuem zu Antrag e Entlassen v. Lepel eine Pens Gelder in aus dem gen Leben Bret Freiherr v dem Sen Welse übe Die aus Wert

einer solchen Verbindlichkeit abgeleitet werden können, wäre es sehr zu wünschen, wenn der volle Inhalt der Gutachten selbst publicirt würde, da die Erfahrung gelehrt hat, welche Inductionen aus einer Berufung auf die vertrauensvolle Biederkeit der Behörden und Unterthanen gezogen worden; denn es wäre zu beklagen, wenn Consequenzen Raum gegeben werden sollte, die nachher, weil sie von ihrem Principe getrennt worden, auf ein ganz anderes Princip bezogen werden könnten als das, welchem sie entfloßen sind."

— Die Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung meldet in Bezug auf die von der Stadt Osnabrück erbetenen Gutachten in einem Schreiben aus Hannover: „Sicherm Vernehmen nach ist von dem Magistrate der Stadt Osnabrück den Juristenfacultäten zu Heidelberg und Jena die Frage vorgelegt worden: Ist eine Obrigkeit im Königreiche Hannover nach dem 1. Jan. 1839, falls eine Ständeversammlung nach dem Grundgesetze vom 26. Sept. 1833 nicht berufen würde und die Steuern bewilligte, berechtigt und verpflichtet, die in den Steuergesetzen vorgeschriebene Hülfe zur Beitreibung sowol der directen als indirecten Steuern zu leisten? Die Antwort der heidelberger Facultät ist dahin ausgefallen: Wir sind einstimmig der Meinung, daß den Obrigkeiten des Königreiches Hannover die Verbindlichkeit obliegt, die in den Steuergesetzen vorgeschriebene obrigkeitliche Hülfe zur Beitreibung sowol der directen als indirecten Steuern zu leisten. Die jenaer Facultät äußert sich folgendergestalt: Daß die Ortsobrigkeiten im Königreiche Hannover, wenn ihnen die Beitreibung von Steuern von der competenten vorgesetzten Behörde in gehöriger Form befohlen werde, auch in dem Falle, daß eine Ständeversammlung nach dem Grundgesetze vom 26. Sept. 1833 nicht berufen würde und die Steuern verwilligte, berechtigt und verpflichtet wären, die in den Steuergesetzen vorgeschriebene Hülfe zur Beitreibung sowol der directen als indirecten Steuern zu leisten."

\* Stuttgart, 18. Jan. Unsere härteste Strafanstalt ist Gotteszell, vorzugsweise das Zuchthaus genannt. Hier sitzen bloß schwerere Verbrecher, Mörder, große Betrüger u. s. w. Einer derselben, ein Mann von Kenntnissen und Bildung, der auf 18 volle Jahre dahin verurtheilt ist, hat nun aber dessenungeachtet vor einiger Zeit die Erlaubniß bekommen, vom Strafort aus einige Blätter zu redigiren und überhaupt sich mit wissenschaftlichen Arbeiten zu beschäftigen. Diese Erlaubniß ist ein neuer Beweis von der Milde unserer Regierung, denn eigentlich sind alle Zuchthäusler zum Spinnen verurtheilt. Auch andere Strafgefangene desselben Ortes haben eine „angemessene“ Beschäftigung erhalten, und in der That kann man ein solches Verfahren nur im höchsten Grade billigen, da Jedermann weiß, wie Männern von Bildung eine erniedrigende Arbeit viel drückender ist als jede andere Strafe. — Der Baron v. Gaisberg, welcher in der letzten Kammer der Abgeordneten Präsident war, tritt diesmal gar nicht in die Kammer ein, indem er seine Wahl zum ritterschaftlichen Abgeordneten abgelehnt hat, wahrscheinlich um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, abermals die Präsidentenstelle anzunehmen, mit der für ihn als Staatsdiener besonders viele Unannehmlichkeiten verknüpft waren.

Kassel, 17. Jan. Wir gehen wiederum einer Ministerialveränderung entgegen. Wenn ich Ihnen bereits früher meldete, daß der Kurprinz dem Minister des Auswärtigen, Hrn. v. Lepel, seine Gewogenheit entzogen habe (Nr. 222 v. J.), so unterlag es keinem Zweifel, daß die allerhöchste Gnade das frühere freundlichere Verhältniß wieder herbeiführte, allein wol nicht in der Festigkeit, daß es über alle Störungen erhaben sein möchte. Genug, man will wissen, Hr. v. Lepel, der bekanntlich angenehme bürgerliche und Familienverhältnisse in Frankfurt a. M. aufgab, um seinem Vaterland und Fürsten von neuem zu dienen, habe seine Entlassung eingereicht. Sollte diesem Antrag entsprochen werden, so ist der Kurprinz verpflichtet, dem Entlassenen eine Pension von 800 Thln. zu zahlen. Da nun Hr. v. Lepel außerdem durch die Gnade des verstorbenen Kurfürsten eine Pension von 1200 Thln. erhält, und er nicht gehalten ist, diese Gelder in Hessen zu verzehren, so ist derselbe bei seinem Austritt aus dem Ministerium auch in Hinsicht eines freien und unabhängigen Lebens gesichert. (Hanov. Btg.)

Bremen, 17. Jan. Der königlich bairische Minister-Resident, Freiherr v. Hornayr-Hortenburg, hat heute das königliche Creditiv dem Senat in einer dazu angefügten besondern Audienz auf übliche Weise überreicht. (B. H.)

### Preußen.

Die Hanoversche Zeitung enthält folgendes Schreiben aus Berlin vom 17. Jan.: „Daß man einem umlaufenden Ge-

rüchte Glauben beimessen, so hat der Fürstbischof von Breslau, der bekanntlich noch den Sitzungen des Staatsrathes beigewohnt, die zu Ende des vorigen Monats hier statt fanden, bald nach seiner Rückkehr in seine Diöcese die bestimmte Erklärung hierher gesendet, daß er sich bewogen finde, seine bischöflichen Functionen niederzulegen. Man kann sich denken, welches Aufsehen dieser Schritt desjenigen katholischen Bischofes, in welchen die Regierung bisher unbedingtes Vertrauen gesetzt, hier erregt. Indessen brauchen sich darum die Ultramontanen doch nicht die Hoffnung zu machen, daß der Graf v. Sedlnigky zu ihrer Fahne übergetreten sei. Der Fürstbischof soll sich vielmehr ausdrücklich dagegen verwahrt haben, daß man diesem Schritt als eine Handlung der Feindseligkeit gegen die Regierung ansehe; die Letztere habe das Recht, auf seine vollkommene Mitwirkung zu zählen; seine Stellung als Prälat der römischen Kirche verbiete es ihm jedoch, sich den Forderungen der Curie (die ihm zuletzt wahrscheinlich auf dem Wege seiner österreichisch-schlesischen Episcopals-Correspondenz zugekommen sind) zu widersetzen, weshalb er, um dem Dilemma zwischen weltlichem und kirchlichem Gebote zu entgehen, lieber sein Amt niederlege. Es liegt in diesem Verfahren gewiß eine größere Offenheit, eine männlichere und, worauf wir besonders Nachdruck legen, deutschere Gesinnung als in Allem, was die übrigen preussischen Bischöfe nach dem Vorgange des Erzbischofes von Köln gethan. Man glaubt daher auch, daß der König dem Fürstbischof auf eine überaus gnädige Weise geantwortet habe, und daß dem Letztern, bei der Erfüllung seines Gesuches, doch alle Freiheit und Befugniß gelassen werden wird, zu jeder Zeit seine Functionen wieder zu übernehmen. — Ein anderes Gerücht, das hier seit einigen Tagen umläuft, bezieht sich darauf, daß die bekannten Briefe des Kaplans Michelis an den Dr. Winterim, deren Originale hier unter den Acten des Ministeriums verwahrt wurden, mit einem Male fortgekommen seien, ohne daß man wisse wohin. Wiewol hier vielleicht ein ganz einfaches Versehen zu Grunde liegt, so ist doch die geschwätzigte Fama damit beschäftigt, jenes mysteriöse Verschwinden wichtiger Papiere mit dem Umstand in Verbindung zu bringen, daß die Neue Würzburger Zeitung im vorigen Jahr einige preussische Actenstücke und geheime Instructionen veröffentlichte, zu denen sie nur aus verbotenem Wege gelangt sein konnte. Nichts ist daher auch natürlicher als die Behauptung, daß die Partei der Neuen Würzburger Zeitung hier ihre vertrauten Agenten und kühnen Marodeurs hat."

\*\* Berlin, 20. Jan. Der in Nr. 19 dieser Zeitung enthaltene Artikel aus Berlin vom 16. Jan. enthält einige Punkte, welche einer Berichtigung bedürfen. Es ist darin von Concessionen die Rede, welche man der römischen Curie machen wolle. Wenn auch unsere Regierung den Frieden liebt, so ist doch nicht daran zu denken, daß sie ihrer Würde vergessen und durch Nachgiebigkeit am unrechten Orte den Verdacht einer Schwäche erregen wird; sie weiß, daß Rom durch Concessionen nur zu noch größerem Verlangen gereizt zu werden pflegt, und wird daher auf der betretenen Bahn gerechter, aber kräftiger Maßregeln fortschreiten, dem Katholicismus, allen getreuen und friedlichen katholischen Unterthanen eine liebevolle, väterliche Regierung bleiben, aber dem staatsgefährlichen Ultramontanismus diejenige nachdrückliche Strenge zeigen, welche ihrer eignen ruhigen Existenz wegen so unerläßlich, so unabwieslich nothwendig ist. Der Krebschaden ist schon tiefer in das Leben des Staates gegangen, als Viele ahnen. Die, welche nicht verblendet sind, wissen gar wohl, was davon zu denken ist, daß mancher Convertit, welcher früher in Dürftigkeit lebte, jetzt mit dem Glanz und Reichthum eines Cardinals umgeben scheint, und es dürfte Manchen nach solchem Glanze nicht wenig gelüsten. So viel steht fest, daß der Romanismus hier viele Gönner und Freunde selbst in nicht geringen Sphären hat, und daß unter den gar frommen, gottseligen Altutheranern, welche überaus streng sich an das Wort binden und den unbedingten Glauben predigen, Viele sind, deren Grundsätze eine merkwürdige Übereinstimmung mit den Lehren der Jünger Loyola's verrathen, z. B. über probabeln Irrthum u. dgl. Hierdurch ist Mancher über gewisse Verhältnisse klar geworden, wie denn überhaupt jetzt mehr und mehr erkannt wird, woher bei uns manche Versuche zu beschränkenden Maßregeln kommen. — Über die gemischten Ehen ist noch nichts entschieden. Bretschneider's treffliche Schrift, welche hier recht durch Thatsachen belehrt, dürfte auch bei uns nicht ohne Einfluß bleiben. Die kirchliche Weihe wird man der Ehe nicht ohne Einfluß bleiben. Die kirchliche Weihe wird man der Ehe nicht nehmen, aber als unbedingt nothwendige Folge der gesetzlich gültig geschlossenen Civilehe hinstellen, sodas jeder Geistliche bei Strafe

der Cassation sie einsegnen muß. Sonach dürfte die Münchner politische Zeitung sich in ihren Erwartungen täuschen. — Über unsern neuen Polizeipräsidenten können Die, welche etwas näher unterrichtet sind, nicht füglich im Unklaren sein. Derselbe studirte ums Jahr 1821 in Berlin, besuchte damals sehr fleißig die Vorlesungen von Hegel, war später Ober-Landesgerichtsrath in Frankfurt a. d. D. und nahm sodann eine Landrathsstelle im Randow'schen Kreis an. Er ist aus dem ältesten, nicht aber höheren Adel, und ein Mann von vielseitiger Bildung, ernstem, aber geradem Sinne.

### Schweiz.

Der Finanzrath des Cantons Zürich hat dem Regierungsrath ein Gutachten eingegeben, das darauf hinausläuft, daß der Stand Zürich der bevorstehenden Münzconferenz zwar Abgeordnete beordne, jedoch erkläre, einem Concorde für Einführung des französischen Münzfußes für diesmal noch nicht beitreten zu können. (Bergl. Nr. 22.) Es wird ziemlich sicher angenommen, daß der Regierungsrath seinen Entschluß in eben dem Sinne fassen wird. Der größte Theil des Handelsstandes widersteht sich jeder Änderung. Von der Cantongrenze hört man Stimmen, die von dem jetzigen Anlasse das Ende der ihnen so lästigen Ungleichheiten erwartet hatten. — Die Verfassungscommission im Canton Wallis hat sich durch die Abreise der Vertreter von Oberwallis in ihrer Arbeit nicht stören lassen. Zum Landrath wird Unterwallis, so erwartete man wenigstens in den letzten Tagen, schon mit seinem größern Contingent von Deputirten erscheinen sein, und diese, wenn sie nicht zugelassen wurden, dürften sich zu einer constituirenden Versammlung vereinigt haben, in der Hoffnung, daß die mittlern Behörden zu ihnen ständen. Eine zahlreiche Abordnung aus den letztern besprach sich am 9. Jan. auf dem Rathhause zu Sitten über diese mißliche Stellung. Man hoffte, zur Basis eines Verständnisses den Entwurf des Staatsrathes vom verwichenen Mai gebrauchen zu können, den damals Oberwallis verwarf; jetzt will Unterwallis nichts mehr davon wissen. Die neuesten Berichte lassen wenig Hoffnung, daß Gewaltthat oder Trennung könne vermieden werden, und fürchten besonders für Sitten die Rache der erbitterten Oberwalliser.

(N. 3. Btg.)

— Viel Aufsehen macht in einigen Gegenden der Schweiz das Treiben der Methodisten. Das öffentliche Argerniß und der Unfrieden in den Familien, den sie verursachen, hat die Erbitterung des Volkes so gereizt, daß sich die Regierung mit der Sache wird beschäftigen müssen. In den katholischen Freibergen, wo sie angefangen haben, Proselyten zu machen, versammeln sich die jungen Leute mehrerer Dörfer, um ihre nächtlichen Zusammenkünfte zu stören. Die Lausanner Zeitung meldet, es sei deshalb eine Compagnie aufs Piket gestellt worden.

\* Luzern, 16. Jan. Die Nachrichten über Wallis sind unbestimmt und zum Theil widersprechend. Ich hoffe, Ihnen nächstens Mittheilungen von einer der bedeutendsten handelnden Personen selbst übersenden zu können. Nur so viel ist gewiß, daß die conservative Partei in Oberwallis keineswegs so leicht das Feld räumt, als man anfangs glaubte. Wer die Fähigkeit dieser Partei bei den Verfassungswissen seit 1830 kennen gelernt hat, konnte nie jene Ansicht theilen. Oberwallis beharrt auf der Repräsentation nach dem Behndsystem, und die Abgesandten von dort her sollen sogar das Comité, das am 3. Jan. zur Entwerfung eines Verfassungsprojectes zusammengekommen war, sämmtlich verlassen haben, als sie sahen, daß Unterwallis eine andere Grundlage für die Stellvertretung verlangte. Ferner ist gewiß, daß der Bischof und die von ihm abhängende Geistlichkeit leidenschaftlich die Partei von Oberwallis nehmen: eine gefährliche Macht für die Liberalen, da das Volk in seinem religiösen Urtheile noch weit zurück ist und dort keine Pressfreiheit existirt. — In Schwyz haben die Verfolgungen der Klauenmänner etwas nachgelassen; indessen befinden sich dieselben fortwährend in einem rechtlosen Zustande. Die Urheber des verleumderischen Gerüchtes, daß eine Mordnacht gegen die Hornmänner von der Klauenpartei in Arth verabredet sei, wurden ausgemittelt und eine Klage gegen dieselben bei dem Gericht erhoben; dieses erhielt aber sogleich von der Regierung in Schwyz die Weisung, die Klage nicht anzunehmen. Die ausgelassene, fast kindische Freude, welche die Klauenmänner an mehreren Orten, wie in Lachen, Arth, Steinen, Rüschnacht, durch öffentliche Festlichkeiten wegen des Todes des verhassten Schmid von Lachen an den Tag legten, beweist mehr als alles Andere den trostlosen Zustand dieses Landes. Ohne Hoffnung, in Gesetz und Behörden Schutz und Hilfe zu finden, jubeln die Unterdrückten, wenn die Natur,

nach ihren ewigen Gesetzen, einen ihrer Peiniger abruft, und vergessen, daß die leere Stelle sogleich wieder von einem Andern eingenommen wird. — In Bern ist die Jurafrage noch nicht entschieden. Die drei Regierungsdepartements, welche vereinigt darüber ein Gutachten ausstellen sollten, haben, wie es in Bern üblich ist, das Geschäft einigen dienstbaren Geistern aufgeladen, indem sie von den Professoren Siebenpfeiffer und Rheinwald das Gutachten verlangten. Ob diese Männer, namentlich der Letztere, dem der Code Napoleon ziemlich fremd ist, zu einem so wichtigen Urtheile ganz geeignet sind, mag dahingestellt sein; jedenfalls hat sich der alte berner Stolz sehr beleidigt gefühlt, daß man diese Arbeit zwei politischen Flüchtlingen aufgetragen hat. Auch ist nicht zu leugnen, daß in Bern, namentlich im Obergericht, es nicht an Männern fehlt, welche einer gründlichen Lösung dieser Frage weit mehr gewachsen sind. Die einsichtsvollsten Patrioten in Bern sind der Meinung, daß nur in einer zeitgemäßen Reform der gesammten Rechtsgesetzgebung für den ganzen Canton (den deutschen und den französischen Theil) das wahre Heil zu finden sei und jeder andere Weg in die Irre führe. Ob der große Rath dieser Ansicht huldigt, wird sich bald zeigen, da er in Kurzem sich wieder versammelt. Unterdessen arbeitet das Erziehungsdepartement an dem Projecte der Errichtung neuer Bildungsanstalten für den Jura. Unter dem Schnell'schen Regimente war jene Gegend allerdings auch in dieser Hinsicht vernachlässigt worden; allein jetzt fangen die Jurabezirke wirklich an anmassend zu werden: sie verlangen sieben Progymnasien, zwei Gymnasien und obendrein noch ein Lyceum (eine Art von Unterrichtsanstalt, die in der Schweiz allen Credit verloren hat und durch die Universität völlig überflüssig wird), und dies alles für eine Bevölkerung von höchstens 60,000 Seelen. Wenn nun gar alle diese Institute unter die Leitung der römischen Partei kommen sollten, wofür sie mit allen Kräften arbeiten wird, so würde sich Bern eine dunkle, verwirrungsvolle Zukunft bereiten.

### Italien.

Livorno, 14. Jan. Vorgestern kam die Leiche der verstorbenen Prinzessin-Tochter des Königs der Franzosen hier durch. Der Zug ward an der Barriere von den Consuln Frankreichs und Württembergs sowie von den hier befindlichen französischen Seeoffizieren empfangen und begleitet. Bei der Kathedrale ward die Leiche von den barmherzigen Brüdern in die Kirche getragen und vom Bischof ein Seelenamt gehalten. Hierauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung und der Sarg ward am Bord eines königlichen Dampfschiffes eingeschifft. Das toscanische Militär gab das Geleite durch die Stadt, und die toscanische Marine bis an Bord. Es war eine große Menge neugierigen Volkes zusammengelaufen, die aber sehr wenig Befriedigung fand, denn das Ganze war äußerst prunklos. Man mochte es kaum glauben, daß hier die Tochter eines der mächtigsten Könige Europas ruhe. Das Dampfschiff ging noch denselben Tag nach Toulon ab. (N. 3.)

### Türkei.

Konstantinopel, Ende Dec. Die beiden Prinzen, wegen deren Gesundheit man bisher besorgt war, sind nun wieder ganz hergestellt; der jüngere, Abdul Heimid, im Hauptquartiere des Ramid-Pascha während des Feldzuges gegen die Russen im Jahr 1828 geboren, verkündet den einstigen tüchtigen Krieger; der Säbel ist sein steter Begleiter, der, selbst wenn er schläft, bei seinem Bette liegt; seine Unterhaltung besteht in strategischen Übungen, die er von den jungen Sklaven seines Alters ausführen läßt, und in verschiedenen Gärtnerarbeiten, die er mit besonderer Vorliebe betreibt. Man muß indessen nicht glauben, daß er nur mit solchen abhärtenden Beschäftigungen die Tagesstunden ausfüllt; er ist ebenso sehr wie der ältere Prinz Medschid im Studium ziemlich weit vorgeschritten, und wie ich aus guter Quelle weiß, wird der Sultan einige französische Celebritäten an den Hof berufen, um die jungen Prinzen auch in die europäischen Wissenschaften einzuweihen, und sie dann eine Reise durch Europa antreten lassen. Da ich einmal von der großherrlichen Familie rede, so will ich noch beifügen, daß die Prinzessin, deren Ehe im nächsten Frühlinge vollzogen werden soll, ein höchst liebenswürdiges und wohlgebildetes Mädchen ist. Man weiß noch nicht gewiß, wer der glückliche Bräutigam sein wird; am wahrscheinlichsten dürfte die Wahl auf Fetih-Pascha, Gesandten in Paris, fallen. (Hstr. Lloyd.)

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Berl  
4 Su  
un m  
No.  
Dav  
pour  
— Les  
— Op  
pour  
Schm  
No.  
— Op  
u. 2.  
Kum  
de B  
— Les  
— Op  
bert

\*Albu  
Beitr  
bre  
Mey  
Wic

Adan  
favor  
2. 3.  
— Gra  
Bach  
Fogu  
1 et

Burg  
motif  
— Op  
gleten  
— La

Chopk  
— Op.

Czern  
vra p  
Rond

Duven  
thème

— Op.  
Domin

— Op.  
du De

— Op. 8  
et Au  
et d'u

Haley  
arr. p

— Potp  
arr. p

— Op. 1  
p. le 1

Hense  
Suite.

— Impr  
Merz,  
Hinter  
Diable

— Op. 1  
Ballet  
sur un

— Op. 1

# Ankündigungen.

[176]

## Neue Musikalien,

welche bei

### Breitkopf & Härtel in Leipzig

vom Mai bis Ende December 1838 erschienen und durch alle Buch- und Musikhandlungen zu beziehen sind.

#### Instrumental - Musik.

	Preis s
<b>Berbiguler</b> , Ecrin des jeunes Flûtistes, p. Flûte et Piano. 4 Suites. No. 1. Variat. sur un motif de Donizetti. No. 2. Sur un motif de H. Herz. No. 3. Sur un thème de Mercadante. No. 4. Sur un thème de Bellini . . . . . à	10
<b>David</b> , F., Op. 6. Introd. et Variat. sur un thème russe pour le Violon avec accomp. d'Orch. . . . .	2 4
— Les mêmes avec accomp. de Piano . . . . .	1 4
— Op. 8. Introd. et Variat. sur un thème de Fr. Schubert pour la Clarinette av. Orch. . . . .	1 16
<b>Schmitt</b> , Al., Op. 80. 2 Quatuors p. 2 Violons, Alto et Vlle. No. 1 und 2. . . . . à	2 12
— Op. 81. 2 Quatuors p. 2 Violons, Alto et Vlle. No. 1 u. 2. . . . . à	2 12
<b>Kummer</b> , F. A., Op. 89. Introd. et Variation sur un thème de Bellini pour le Violoncelle avec Quatuor . . . . .	1 —
— Les mêmes avec Piano . . . . .	— 16
— Op. 8. Introd. et Variations sur un thème de Fr. Schu- bert p. la Clarinette av. Orch. . . . .	1 16

#### Pianoforte - Musik.

*Album für Pianoforte u. Gesang für das Jahr 1839, mit Beiträgen von <b>Fr. Chopin</b> , <b>A. Henselt</b> , <b>Fr. Kalk- brenner</b> , <b>Felix Mendelssohn-Bartholdy</b> , <b>G. Meyerbeer</b> , <b>L. Spohr</b> , <b>S. Thalberg</b> u. <b>Clara Wieck</b> . Elegant cartonnirt . . . . .	3 —
Prachtausgabe mit Goldschnitt . . . . .	6 —
<b>Adam</b> , A., Mosaïque, 4 Suites de mélanges des morceaux favoris de l'opéra: Guido et Ginevra arr. p. Pfte. Liv. 1. 2. 3. 4. . . . . à	— 20
— Grand Galop de Guido et Ginevra p. Pfte . . . . .	— 10
<b>Bach</b> , J. S., Le Clavecin bien tempéré ou 48 Préludes et Fugues dans tous les tons majeurs et mineurs p. Piano. Partie 1 et 2. Nouv. Edition . . . . . à	2 12
<b>Burgmüller</b> , Op. 44. Réminiscences p. le Piano sur des motifs fav. de Guido et Ginevra. Liv. 1. 2. 3. . . . . à	— 14
— Op. 46. Une fleur sur son passage. A la Reine Victoria d'An- glettre. Grande Valse brill. pour le Piano à 2 mains . . . . .	— 12
— La même pour le Piano à 4 mains . . . . .	— 20
<b>Chopin</b> , F., Op. 33. 4 Mazurkas p. le Piano . . . . .	1 —
— Op. 34. 3 Valses brillantes p. le Piano. No. 1. 2. 3. . . . . à	— 14
<b>Czerny</b> , C., Op. 516. Reminiscences de Guido et Gine- vra p. le Piano. No. 1. Fantaisie brillante. 16 Gr. No. 2. Rondo brillant. 1 Thlr. . . . .	1 16
<b>Duvernoy</b> , J. B., Op. 85. 3 Fantaisies p. le Piano sur des thèmes fav. de Guido et Ginevra. Liv. 1. 2. 3. . . . . à	— 12
— Op. 86. 2 Divertissements p. le Piano sur des motifs du Domino noir. Liv. 1. 2. . . . . à	— 12
— Op. 87. Fantaisie p. le Piano à 4 mains sur des motifs du Domino noir . . . . .	1 4
— Op. 88. 6 Bagatelles p. le Piano sur des motifs fav. de Rossini et Auber, divisées en 3 Suites composées chacune d'un Air et d'un Rondo. Liv. 1. 2. 3. . . . . à	— 12
<b>Halevy</b> , F., Guido et Ginevra, oder: Die Pest in Florenz, arr. p. le Piano seul . . . . .	5 —
— Potpourri sur des thèmes favoris de Guido et Ginevra, arr. p. le Piano à 2 mains . . . . .	1 —
— Potpourri sur des thèmes favoris de Guido et Ginevra, arr. p. le Piano à 4 mains . . . . .	1 —
<b>Henselt</b> , A., Op. 5. 12 Etudes de Salon p. le Piano. 2me Suite. Liv. 1 et 2. . . . . à	1 12
— Impromptu pour le Piano . . . . .	— 4
<b>Herz</b> , J., Grande Valse pour le Piano . . . . .	— 12
<b>Hünter</b> , F., Op. 102. 3 petits Rondos sur le Ballet: Le Diable boiteux pour le Piano . . . . .	— 16
— Op. 103. Les Concurrentes. Rondo sur un thème fav. du Ballet: "La Chatte métamorphosée en femme" et Variations sur un thème ital. Liv. 1 et 2. . . . . à	— 16
— Op. 110. Rondo alla polacca p. le Piano . . . . .	— 8

	Preis s
<b>Hünter</b> , F., 4 Airs de Ballet de Guido et Ginevra, arr. pour le Piano. Liv. 1. 2. 3. 4. . . . . à	— 14
<b>Kalkbrenner</b> , F., Op. 142. Souvenir de Guido et Gi- nevra. Fantaisie brillante p. le Piano . . . . .	— 16
<b>Kunze</b> , G., Schottischer Brautwalzer für das Pianoforte . . . . .	— 4
<b>Lortzing</b> , A., Potpourri aus der Oper: Czar und Zimmer- mann für das Pianoforte zu 4 Händen . . . . .	1 —
— Dasselbe für das Pianoforte zu 2 Händen . . . . .	— 20
<b>Mendelssohn-Bartholdy</b> , F., Op. 25. 1er Concerto (en Sol) arrangé pour le Piano à 4 mains . . . . .	2 —
<b>Schuncke</b> , C., Op. 52. Le Pensionnat. Pièces faciles et brillantes p. le Piano à 4 mains en 12 Cahiers . . . . . à	— 12
— Op. 53. 3 Divertissements sur des motifs de Guido et Gi- nevra p. le Piano. No. 1. 2. 3. . . . . à	— 12
<b>Schwencke</b> , C., Amusements p. le Piano sur des thèmes fa- voris de Guido et Ginevra, composés pour de petits mains qui ne peuvent pas prendre l'octave. 4 Suites . . . . . à	— 14
<b>Thalberg</b> , S., Op. 26. 12 Etudes p. le Piano. Liv. 1 et 2. à	1 12
<b>Wolf</b> , E., Op. 9. Valses brillantes p. le Piano . . . . .	— 12

**Geisslor**, C., Op. 53. Neueste leicht ausführbare Orgel-  
stücke verschiedenen Charakters zum Studium und für den  
Gebrauch beim öffentlichen Gottesdienste (Nr. 19 der Orgel-  
sachen) . . . . .

#### Gesangsmusk.

*Album für Gesang u. Pianoforte f. das Jahr 1839, mit Beiträgen von <b>Fr. Chopin</b> , <b>A. Henselt</b> , <b>Fr. Kalk- brenner</b> , <b>F. Mendelssohn-Bartholdy</b> , <b>G. Meyerbeer</b> , <b>L. Spohr</b> , <b>S. Thalberg</b> u. <b>Clara Wieck</b> . Mit dem Portrait von S. Thalberg. Eleg. cartonnirt . . . . .	3 —
Prachtausgabe mit Goldschnitt . . . . .	6 —
<b>Banc</b> , C., Op. 28. Matinées musicales. 10 Gesänge ital. und deutsch mit Begleitung des Pianoforte. Liv. 1. . . . .	— 20
<b>Halevy</b> , F., Guido et Ginevra, oder: Die Pest in Florenz. Oper in 5 Acten im Klavier-Auszug . . . . .	12 —
☞ <i>Sämmtliche Nummern daraus einzeln à 4 Gr. bis 1 Thlr. 4 Gr.</i>	
<b>Lithander</b> , C. L., Der Zigeunerknabe im Norden für 1 Singst. mit Begleitung des Pianoforte . . . . .	— 8
<b>Mendelssohn-Bartholdy</b> , F., Op. 42. Der 42ste Psalm im Klavierauszug . . . . .	2 —
— Derselbe die Singstimmen . . . . .	1 8
<b>Meyerbeer</b> , G., 6 Elégies et Romances, paroles françaises et allemandes, avec accomp. de Piano . . . . .	1 8
— Les mêmes séparées. No. 1. Le Poète mourant (Der sterbende Dichter). 12 Gr. No. 2. Chant de Mai (Mailed). 8 Gr. No. 3. La fille de l'air (Die Tochter der Luft). 6 Gr. No. 4. La Marguerite du Poète. 4 Gr. No. 5. La folle de St.-Jo- seph (Die Wahnsinnige). 6 Gr. No. 6. Fantaisie. 8 Gr.	
<b>Petschke</b> , H. T., Der Fischer. Ballade von Goethe f. 1 Singst. mit Begleitung des Pianoforte. 4tes Werk . . . . .	— 12
<b>Pocci</b> , Graf Franz von, 3 Duetten für Sopran und Alt mit Begleitung des Pianoforte. 8tes Werk . . . . .	— 12
<b>Spohr</b> , L., 6 deutsche Lieder mit Begleitung des Pianoforte und der Clarinette. 103tes Werk. (7te Sammlung der Ge- sänge) . . . . .	1 8
<b>Kiesewetter</b> , R. G., Über die Musik der neuern Grie- chen, nebst freien Gedanken über altägyptische und altgrie- chische Musik mit 8 Tafeln . . . . .	3 —

#### Portraits.

Mendelssohn-Bartholdy, Felix . . . . .	— 18
Meyerbeer, Giacomo . . . . .	— 12
Thalberg, Sigismund . . . . .	— 18

## Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft.



Die Herren Actionaire werden hierdurch benachrichtigt, daß die nach §. 19 des Statuts am 31. December v. J. fällig gewordenen Zinsen zu fünf vom Hundert von den am 24. December 1837 und 16. März 1838 geleisteten Einzahlungen von zusammen zwanzig Procent des Actien Capitals, von heute ab mit Zwei Thaler Sieben Silbergroschen Acht Pfennige für jede Actie, bei uns oder bei den Herren

**Joh. Dav. Herstatt,**  
**Sal. Oppenheim jun. et Comp.,**  
**Hr. Schaafhausen** und  
**Joh. Heinr. Stein** in Köln, oder dem Herrn  
**Karl Martin Wdenaw** in Aachen

gegen Vorzeigung des Scheins über die geleistete zweite Einzahlung in Empfang genommen oder auch auf die dritte Einzahlung von zehn Procent welche bis zum 2. März d. J. mit Fünfundzwanzig Thalern per Actie bei uns oder den vorgenannten Banquierhäusern von den Herren Actionairen zu leisten ist, in Aufrechnung gebracht werden können.

Die über diese dritte Raten-Einzahlung von uns zu ertheilenden Quittungen werden über Dreißig Procent oder Fünfundsebenzig Thaler für die Actie lauten und sind dahier die, über die zweite Einzahlung ertheilten Quittungen bei der dritten Einzahlung mit einzuliefern, indem die Aushändigung der neuen Quittungsscheine nur gegen Rückgabe der unterm 16. März 1838 von uns ausgestellten Quittungen erfolgen kann. Wir bemerken hierbei, daß die vorgenannten Banquierhäuser über die empfangenen Zahlungen zuvörderst Interimskquittungen ertheilen werden, welche demnächst gegen die von uns vollzogenen förmlichen Quittungen bei denselben Banquierhäusern umzutauschen sind.

Noch machen wir den Herren Actionairen bekannt, daß wir auf den uns von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsch beschloßen haben, von heute ab ganze Actiendocumente nebst fünfprocentigen Zinscoupons gegen Einzahlung der ganzen Actienbeträge auszugeben, und wollen diejenigen der Herren Actionaire, welche hiervon Gebrauch zu machen wünschen, sich zu diesem Ende auf unserm Comptoir oder bei den oben bezeichneten Banquierhäusern gefälligst melden.

Köln, den 2. Januar 1839.

Die Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft.  
 gez. **Sauvencorne**, Specialdirector.

[12-15]

### Für Juristen, besonders im Königreich Sachsen, höchst wichtige Anzeige.

Zur Vermeidung von Collisionen zeige ich hiermit an, daß mit Ende 1839 in meinem Verlage erscheint:

#### Alphabetisch-systematisches und chronologisches Repertorium

der gesammten, am Schlusse des Jahres 1839 im Königreiche Sachsen praktisch-gültigen sächsischen Gesetze des Codex Augusteus und der Gesetzsammlung von 1818-1839.

Herausgegeben von

**Wilhelm Michael Schaffrath,**

Doctor der Rechte und akademischem Dozenten der Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig.

In einem „Handbuche der gesammten, am Schlusse 1839 im Königreiche Sachsen praktisch-gültigen sächsischen Gesetze“ in 7 Bänden gehörig, welches auch apart verkauft und nicht über 2 Thlr. 16 Gr. Kosten wird.

Altenburg, den 20. December 1838.

[3144-45]

**H. W. Vierer.**

[193] In der Buchhandlung von **G. Cranz** in Berlin ist erschienen:

Stimme aus Berlin.

### An die Rheinländer und Westphalen

von

**Joel Jacoby.**

Da eine dem Verleger und dem Autor fremde Schrift unter diesem Titel circuliren soll, so diene hiermit zur Kunde, daß das **höchst merkwürdige Originalwerk** aus XXVI Seiten Vorrede und 58 Seiten Text besteht. Nur solche Exemplare, die Seite 19 die Stelle haben: „Siehe wenn es sein müßte, bligen Millionen Schwerter u. s. w.“ sind echt, die übrigen durch irgend eine Intrigue untergeschoben.

**W. Niesen- oder Wunderklee,**

das nützlichste und merkwürdigste ökonomische Gewächs, empfehlen

**Ehrenbaum & Comp.** in Berlin,

Neue Friedrichstraße Nr. 29.

[3166-68]

[188]

### Anzeige, den Eisenbahnverkehr betreffend.

Wir machen hiermit die ergebene Anzeige, daß wir uns den sich durch die Leipzig-dresdner Eisenbahn, vermöge des immer lebhafter werdenden Verkehrs, erzeugenden Expeditionen widmen werden, um durch unsere Vermittelung dem Publicum diesen Verkehr zu erleichtern.

Den Grundsatz der strengsten Rechtlichkeit festhaltend, sind wir im Stande, das Interesse unserer Geschäftsfreunde mit Benutzung aller, besonders durch die billigen Frachtsätze der Eisenbahn und durch die Schnelligkeit der Communication und zu Gebote stehenden Vortheil aufs beste wahrzunehmen.

Durch die größte Sorgfalt, Promptitude und Billigkeit hierbei, sowie bei allen in unsere Branche einschlagenden Geschäften, werden wir das Vertrauen unserer Geschäftsfreunde in jeder Hinsicht zu recht fertigen wissen und bitten daher, uns durch häufige Zuwendungen damit zu beehren.

**G. F. Carstens** in Leipzig,

als Fortsetzer des von dem Herrn **E. F. B. Lorenz** begonnenen und mit von demselben überwiesenen Geschäfts.

**Gottfried Scheffler** in Dresden.

**Fraugott Dittler** in Riesa.

**Karl Fr. Müller** in Riesa.

**Adolph Baeg** in Oschatz.

**Victor Siegmund Eckhardt** in Burzen.

### Strasburger Gänseleber-Pasteten erhielt wieder

[190-191]

**Dq<sup>uo</sup> Primavesi.**



[192]

### Personenfrequenz

auf der

**Leipzig - Dresdner Eisenbahn**

vom 13. bis 19. Jan. 1839.

- 1) zwischen Leipzig und Riesa . . . 1885 Pers. in 28 Fahrt.
- 2) zwischen Dresden und Oberau . . 1410 „ „ 28 „

in Summa 3295 Pers. in 56 Fahrt.

### Familien-Nachricht.

Ihre heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen entfernten Freunden ergebenst an

Leipzig, am 21. Jan. 1839.

Advocat **Dr. Joseph.**

**Auguste Joseph**, geb. Rudolph.

[189]

(Mit einer Beilage.)

Groß  
Ital

folwol  
einen  
Wolte  
da der  
verbra  
den B  
lung  
den B  
lassen.  
Actur

an der  
demisch  
thierisc  
höchlich  
aber be  
13 Stin  
Zurück  
Dr. Co  
Studien  
eine er  
Der G  
Dr. Co  
Professe  
beliebt  
hatte,  
ihn nur  
ruhigste  
Apothek  
den Sa  
berechtig  
daß sich  
könnten.  
fernen,  
benahm,  
selben le

Pa  
De  
terung  
fes, die  
wurde  
und Hr.  
phen das  
wenn si  
Amenden  
men mi  
Politik  
Vorwurf  
Frankrei  
beiden  
„Man h  
ich erklä  
Stellung  
hern Um  
nur eine  
Hr. Thi  
pfen such  
Regierung  
Frankrei  
und Engl  
ich es zu  
Allianz n  
Verwickel  
vereint bl  
bei Eröff  
den Mäc  
mehr berg

Großbritannien. — Frankreich. — Niederlande. — Deutschland. (\*\*München; aus Baiern; Hessen-Homburg.) — Preußen. (Posen.) — Italien. — Dänemark. (\*København.) — Rußland und Polen. (Petersburg.) — Türkei. (Konstantinopel.) — Ägypten. (Alexandrien.) — Börsennachrichten.

### Großbritannien.

London, 16. Jan.

Man habe, sagt das Morning Chronicle, vorgeschlagen, sowohl fremden Zucker als das Erzeugniß britischer Colonien gegen einen geringen Zoll zum Behufe des Branntweimbrennens zuzulassen. Wollte man bloß die Einfuhr von Colonialzucker gestatten, so würde, da der Zucker in beträchtlicher Menge von den untern Volksklassen verbraucht werde, der Preis zu hoch steigen, wogegen fremder von den Branntweimbrennern verwendeter Zucker diese nachtheilige Wirkung nicht herbeiführen, sondern einen ansehnlichen Theil des jetzt von den Brennern verbrauchten Getreides für menschliche Nahrung freilassen und die Einfuhr desselben dem Absage der britischen Manufakturwaren günstig sein würde.

Vor Kurzem hat Dr. Elliotson, Professor der Arzneiwissenschaft an der londoner Universität, seine Stelle niedergelegt, weil der akademische Senat ihm nicht gestatten wollte, seine Versuche über den thierischen Magnetismus fortzusetzen. Die Studenten waren darüber höchlich erbittert, und es wurden mehre Versammlungen gehalten, aber bei der letzten Abstimmung ergab sich nur eine Mehrheit von 13 Stimmen für den Beschluß, den akademischen Senat um Elliotson's Zurückberufung zu bitten. Als nun gestern dessen Nachfolger, Dr. Copland, seine Vorlesungen eröffnen wollte, hatten sich gegen 400 Studenten in dem Hörsaale versammelt, in zwei Parteien getheilt, die eine entschlossen, ihn auszuspfeifen, die andere, ihn zu unterstützen. Der Eintritt des Lehrers gab die Lösung zu einem wilden Lärm, und Dr. Copland konnte nicht zu Worte kommen. Endlich erschien der Professor der Physiologie, Dr. Sharpey, der bei den Studenten sehr beliebt ist, um Ruhe zu stiften, und als er sich Gehör verschafft hatte, sprach er mit hohem Lobe von dem neuen Lehrer und bat, ihn nur anzuhören. Der Lärm dauerte fort. Der Versuch, die unruhigsten Gesellen hinauszumerren, vermehrte nur den Aufruhr. Der Apotheker des Universitäts-Hospitals bahnte sich endlich den Weg in den Saal und schlug vor, zu untersuchen, wie viele der Anwesenden berechtigt wären, in dem Hörsaale zu erscheinen, da er nicht glaube, daß sich Studenten durch ein so verwerfliches Betragen entehren könnten. Endlich, als es gelungen war, mehre Ruhestörer zu entfernen, konnte Dr. Copland, der sich mit großer Ruhe und Würde benahm, seine Vorlesung beginnen und wurde bei dem Schlusse derselben lebhaft beklatscht.

### Frankreich.

Paris, 19. Jan.

Deputirtenkammer. Sitzung vom 17. Jan. Die Erörterung über den ursprünglichen zweiten Paragraphen des Adressentwurfes, die auswärtige Politik der Regierung im Allgemeinen betreffend, wurde wieder aufgenommen. Nachdem Hr. Cunin-Gridaire und Hr. Vivien, der Erstere gegen, der Andere für diesen Paragraphen das Wort ergriffen und der Letztere geäußert hatte, daß die Kammer, wenn sie consequent sein wolle, nach der gestrigen Verwerfung des Amendements Amilhou's den Paragraphen der Commission annehmen müsse, übernahm Hr. Molé aufs neue die Vertheidigung der Politik des gegenwärtigen Cabinets in allen einzelnen Punkten; den Vorwurf berührend, daß das Ministerium das Bündniß zwischen Frankreich und England vernachlässigt und eine Erkaltung zwischen beiden Mächten herbeigeführt, entgegnete der Conseilpräsident: „Man hat behauptet, die Allianz mit England sei ihrem Bruche nahe; ich erkläre das Gegentheil, indem dieselbe inniger als je und unsere Stellung zu Großbritannien jetzt günstiger erscheint als unter frühern Umständen, sodas, wenn dieselbe jemals gefährdet worden wäre, nur eine der vorhergegangenen Verwaltungen die Schuld trüge.“ Hr. Thiers, welcher die Ansichten des Conseilpräsidenten zu bekämpfen suchte, äußerte in Bezug auf die durch die Politik der jetzigen Regierung herbeigeführte Erschlaffung der Freundschaft zwischen Frankreich und England: „Hr. Molé hat auch gesagt, daß Frankreich und England stets Allirte waren. Ich weiß dies vollkommen, weil ich es zuerst ausgesprochen. Man führt an, daß England unsere Allianz nicht zurückgewiesen. Aber kann es dies? Kann es bei seinen Verwickelungen im Oriente zu uns sagen, daß es nicht mit uns vereint bleiben will? Sechs Jahre hintereinander enthielt die Thronrede bei Eröffnung der Kammer stets eine Erwähnung der zwischen beiden Mächten bestehenden Allianz. Seit 1837 findet sich nichts mehr dergleichen vor. Alle Welt weiß, was dieses Stillschweigen

bedeuten will.“ In seiner Entgegnung bemerkte der Conseilpräsident: „Wir sind mit England über die Principien in Uebereinstimmung gewesen; aber es kann sich selbst bei der innigsten Allianz ereignen, daß eine der Parteien in einzelnen Punkten getrennte Interessen zu vertheidigen hätte. England hatte seine Insellage, sein Handelsinteresse zu berücksichtigen. Ich wiederhole es: über alle großen Grundlagen der Politik sind wir, mit ihm im Einklange. Wenn über Fragen zweiten Ranges Meinungsverschiedenheit sich zeigte, so waren Ursachen daran schuld, welche im Schoos aller Allianzen vorhanden sind.“ Der Redner erklärte jedoch, daß auch in der orientalischen Frage, rücksichtlich welcher man das Gegentheil behauptet, Frankreich mit England in Uebereinstimmung handle. Hr. de Lamartine, der hierauf das Wort nahm, ging näher und weitläufiger auf diese Frage ein. „Ich bin, äußerte er, nicht wie der Conseilpräsident in die Geheimnisse der europäischen Politik eingeweiht; ich habe selbst nicht die Kenntnisse, welche Hr. Thiers in dieser Hinsicht besitzen mag; aber die allgemeine Politik Europas liegt am Tage, und die Erkaltung zwischen England und Frankreich ist nicht mehr zu verkennen. Muß deshalb diese Erkaltung durch die angeführten Ursachen herbeigeführt sein? Wer begreift nicht, daß England, im Oriente beschäftigt, das Übergewicht fürchtet, welches Frankreich mit Rußland vereint auszuüben vermöchte; England weiß wohl, daß in solchem Fall uns nichts widerstehen könnte. Ueberdies ist es im Innern durch Unruhen in große Verlegenheit gestürzt; Irland ist in Aufregung; es sieht seine Colonien sich ihm entfremden, die Manufacturen des Festlandes mit den seinigen rivalisiren und Englands Producte von den Märkten verdrängen, wo jene auftreten. Was hat unter solchen Umständen England stets gethan? Es hat auf dem Festlande den Krieg zu entzünden gesucht; es will einen feurigen Brand unter die brennbaren Gegenstände werfen, die sich daselbst vorfinden; dies ist eine brandstifterische Politik; darum hat es uns in der belgischen Frage verlassen, welche als die schwierigste zur Entscheidung sich darbot. Nicht dem gegenwärtigen Ministerium ist deshalb die Erkaltung zwischen England und Frankreich, die in der Natur der Sache begründet ist, beizumessen.“ Bei der darauf erfolgten Abstimmung fanden sich 433 Deputirte anwesend, von denen 213 für den Paragraphen der Commission, 220 dagegen stimmten, sodas derselbe mit einer Mehrheit von 7 Stimmen verworfen wurde. — Es begannen hierauf die Berathungen über den Paragraphen in Bezug auf die Verhältnisse in Algier. Hr. Desjoubert behauptete, daß die in dem Adressentwurf gegebene Erklärung von dem befriedigenden Zustande der afrikanischen Besitzungen durchaus unwahr sei, da die Verhältnisse dort nicht drohender sein könnten. Man habe geäußert, jede europäische Macht habe ein Hinderniß, das ihr den Krieg unmöglich mache; dies auf Frankreich angewendet, erscheine Algerien als die an seine Füße angeschmiedete Kugel, die es nachschleppen müsse. Zur Unterstützung seiner Ansicht behauptete der Redner, daß 100,000 M. dazu nothwendig wären, die afrikanischen Besitzungen auf gehörige Weise zu besetzen und zu sichern. Unter den Rednern, welche hierauf das Wort ergriffen, gab der Conseilpräsident Auskunft über seine Handlungsweise hinsichtlich des Generals Bugeaud und den ihm dabei gemachten Vorwurf, als habe er denselben ermächtigt, ein diplomatisches Geschenk von Abd-el-Kader annehmen und es für die Vicinalwege seines Departements verwenden zu dürfen. Nach ihm bestieg General Bugeaud selbst die Tribune und suchte sein Benehmen in dieser Angelegenheit (vergl. den Proceß des Generals Brossard Nr. 250 v. J.) zu vertheidigen. Er ging die gegen ihn erhobenen Anklagen einzeln durch, daß er nämlich mit einem Lieferanten einen für den Staat nachtheiligen Contract ohne die Einwilligung des Kriegsministers abgeschlossen, das Versprechen eines Gesentes von 100,000 Rubel für die Vicinalwege seines Departements empfangen, einen Gewinn aus einer dem Emir Abd-el-Kader gemachten Flintenlieferung zu ziehen beabsichtigt, und sich in Speculationen eingelassen, die mit der Würde der Regierung unverträglich seien. Er beklagte sich dabei bitter über die Verleumdungen der Presse; Hr. Chamolle nahm sich dieser letztern an und bemerkte, daß die im Moniteur veröffentlichten Verhandlungen des Proceßes Brossard die Thatfachen völlig klar erwiesen, und folglich von Verleumdung nicht gesprochen werden könne. Hr. Martin (von Strassburg), der darauf das Wort ergriff, sprach sich in gleichem Sinn und gegen das System der Immoralität aus, welche jene Verhandlungen an den Tag gebracht. Hr. Isambert, welcher zuletzt die Tribune bestieg, machte die Ernennung eines Bischofs zu Algier zum Gegenstande der Erörterung und knüpfte daran Betrachtungen über das Umsichgreifen und den wachsenden Einfluß der Geistlichkeit. „Was wird man, äußerte er unter Anderm, zu Algier thun, wenn der durch den Papst eingesetzte Bischof unsere Politik der Duldung im Bezug auf die Mooslem zu verkennen anfängt? Die Bezeichnung

solcher Schritte als Amtsmißbrauch hat keine Bedeutung; polizeiliche Maßregeln sind unwirksam, denn der Bischof ist unabsehbar. Man hätte lieber, wie es in andern Colonien geschieht, einen vom König ernannten und absehbaren apostolischen Präfecten hinsenden sollen.“ Zuletzt bezeichnete der Redner besonders die seit einigen Jahren statt findende Vermehrung der Frauenklöster als den deutlichsten Beweis, daß die Regierung insgeheim den Bestrebungen der Geistlichkeit Vorschub leihe. Er führte am Schlusse seiner Rede an, daß die den kirchlichen Anstalten in Frankreich von 1802 bis 1814 gemachten Geschenke und Vermächtnisse 2,600,000 Fr. betragen, während der Restauration in einem Jahre, 1827, auf 9 Mill. gestiegen, während der ersten Jahre nach der Juliusregierung sich nur auf 626,000 Fr. belaufen, aber schon im Jahr 1836 wieder die Höhe von 3,332,000 Fr. erreicht hätten. Das ganze jeßige Eigenthum der katholischen Geistlichkeit veranschlagte der Redner auf 150 Mill. Fr. Die weitere Erörterung wurde auf nächste Sitzung vertagt.

— In der gestrigen Sitzung wurde die Discussion über die einzelnen Paragraphen des Adressentwurfes fortgesetzt und dieselben bis auf den letzten, die Mitwirkung und die Eintracht der Staatsgewalten betreffenden unverändert angenommen; schon während der Verhandlungen hatte sich bei der Rede des Finanzministers das Gerücht verbreitet, daß die Minister abtreten würden. Gestern Abend wurde bestimmt behauptet, daß das Ministerium in Masse seine Entlassung anbieten, jedoch die Erörterung über den letzten Paragraphen des Adressentwurfes in der morgenden Sitzung noch stattfinden würde. Die Adresscommission soll entschlossen sein, nicht auf der Fassung des erwähnten Paragraphen zu bestehen, sondern sich dem von der Minorität dieser Commission in Vorschlag gebrachten anzuschließen, jedoch ein Unteramendment des Hrn. Billaud durchzusetzen, welches von der Wahrheit der Repräsentativregierung spricht. — Der ministerielle Moniteur parisien erklärt das Gerücht hinsichtlich der Entlassung des Ministeriums für falsch.

#### Niederlande.

Das Handelsblad meldet aus London vom 16. Jan.: „Die Konferenz ist gestern versammelt gewesen. Es hat jedoch Graf Sebastiani dabei das die Regulirung der belgischen Frage enthaltende Protokoll noch nicht unterzeichnet, obschon man allgemein geglaubt, daß jetzt das Bögen des französischen Cabinets ein Ende genommen haben würde, da Ludwig Philipp einen Termin bis zum 15. Jan. verlangt hatte. Inzwischen kann die Nichtunterzeichnung an diesem Tage nicht nachtheilig für unsere Angelegenheit ausgelegt werden, denn es scheint, daß die übrigen Konferenzmitglieder sich versichert halten, daß der Beitritt Frankreichs ehester Tage erfolgen wird.“

#### Deutschland.

\*\* München, 20. Jan. Die Abreise des Königs ist auf die Mitte des Februar bestimmt. Wie verlautet, wird denselben Graf Seinsheim begleiten, Andere nennen den Nachfolger des Staatsrathes Grandauer. — Die der Armee gegebene Erklärung, daß der König selbst dem verewigten Marschall Breda ein Denkmal zu errichten gedenke, wird vielfach auf ein in der Walthalla aufzustellendes Monument desselben gedeutet; doch wollen Manche auch an ein wirkliches Standbild dahier denken. — Die innere Ausattung des Königsbaues schreitet rasch vorwärts und wird in diesem Jahr ihre Vollendung finden. Bei allen öffentlichen Bauten ruhen jetzt natürlich die äußern Arbeiten. Dadurch sieht unsere herrliche Ludwigstraße wie entvölkert aus, da ihr vor der Hand das Ab- und Zuströmen der Beschäftigten die meiste Lebhaftigkeit gibt und so lange geben muß, bis die Universitätsgebäude und andere Neubauten vollendet und bezogen sein werden. — Der erste freudige Ton, welcher in unserer Geschäftswelt angestimmt wurde, als man von vielen Seiten her vernahm, Österreichs Grenzzollsystem werde bald eine Veränderung erleiden, ist bereits wieder verklungen. Man glaubt nicht an ein Aufgeben des Absperrungswesens, im Gegentheil legt man selbst dem österreichisch-englischen Handelsvertrag eine mehr politisch als mercantilisch wichtige Bedeutung bei.

— Die Elberfelder Zeitung enthält folgenden Artikel: „Die Leipziger Allgemeine Zeitung bringt einen Artikel aus Baiern vom 8. Jan. (Nr. 11), worin mit Anerkennung der bairischen Pressfreiheit und Censur gedacht wird, und welcher zugleich dieselbe in andern Staaten nachgeahmt wünscht, deren bisherige Principien in diesem Bezuge bespöttelt werden. Der Punkt ist vielleicht delicat; dennoch scheuen wir dessen Berührung nicht. Wir gestehen abermals, daß wir durchaus das Entgegengesetzte wünschen, und daß eine Censur, welche bei Beschränkungen doch immer die constitutionelle Redefreiheit beachte (so heißt es dort), nicht denkbar ist. Einmal können Cen-

sur und Redefreiheit nicht zusammengedacht werden, sodann schließt der Begriff von constitutioneller Redefreiheit auch den der eventuellen Bestrafung in sich ein (und ist der „Athanasius“ bestraft worden?); endlich besteht die Censur nach allgemeinem Bundesgesetze, muß also doppelt genau befolgt werden. Der fragliche Artikel aus Baiern verheimlicht durchaus klar vor Augen liegende Thatsachen. Er sagt, Münchener und Würzburger Zeitung sprächen die eine, Fränkischer Merkur, Nürnberger Correspondent und die Nürnberger Allgemeine Zeitung von und für Baiern die andere Ansicht aus, man lasse also verschiedenen Meinungen so weit freien Spielraum mit Rücksicht auf constitutionelle Redefreiheit, als es die nicht wie anderswo kleinstädtische Censur gestatten könne, und wenn es überall so wäre, so wäre Manches in Deutschland anders. Hiergegen können wir Folgendes erwidern: Außer den beiden Blättern von München und Würzburg schließen sich noch ein Duzend anderer dieser einen Richtung an und haben gar kein Hinderniß; die paar anders geleiteten Blätter sind fast farblos und müssen es wol sein. Flugschriften in Masse circuliren im Sinne der Münchener Zeitung, entgegengesetzten Sinnes erscheint keine, sonst würde sie confiscirt. Die Presse steht sich also keineswegs gleich. Wenn gewisse Blätter, meint jener Artikel, an Orten, wo man es nicht gern sähe, ein Publicum hätten, das sich von ihnen leiten ließe, so sei daraus einfacherweise zu schließen, daß die dortigen Zeitungen, welche den örtlichen Rayon für sich hätten, in geistiger Hinsicht sehr eingeschränkt sein müßten, um einer so fernher kommenden Concurrenz zu unterliegen. Das Mittel, diese letztere zu bekämpfen, liege sehr nahe, und es sei einer Intelligenz, die an sich selbst glaube, sicherlich nicht würdig, dasselbe darin zu suchen, daß man die andere Tendenz eben das Maul halten heiße. Was läßt sich hierauf erwidern? Wir diesseitigen Blätter (von Concurrenz kann nicht die Rede sein) haben eine umsichtige Censur, wie es einmal allgemeine Bundesbestimmung, also auch Bestimmung aller einzelnen deutschen Staaten ist. Diese unsere Censur gestattet nicht, daß deutsche Gouvernements und christliche Confessionen in den Tagblättern mit dem bittersten Spotte, der gehässigsten Anfeindung verfolgt werden, weil man die Eintracht, die einmal vorherrscht, nicht zerknirschen haben will. Das Verhältniß großer Gesamtstaaten, wie England und Frankreich, paßt nicht ganz zu dem aus einzelnen Staaten gebildeten Sammtbunde. Wenn wir nun eine verderbliche Tendenz bekämpfen (und wir sind es noch nicht aufzugeben gesonnen), so geschieht es in ruhig gewählten Ausdrücken, die nicht so viel wirken dürften, weil sie manche Punkte aus achtungsvoller Rücksicht unberührt lassen. Ob dies anders sein müßte, wollen wir nicht entscheiden, gestehen indessen, daß wir auch keinen besondern Nutzen darin sehen, wenn je ein Staat die Erlaubniß erteilte, die Unterthanen des andern aufzuwiegen. So steht die Sache, und wir finden jede Spöttelei über diesseitige Verhältnisse in diesem Bezuge höchst unbillig, wenigstens so lange, als Baiern kein Buch aufzuweisen hat, das in der Weise des Athanasius im entgegengesetzten Sinne aufgetreten und zu hohen Ehren gelangt wäre. Schließlich bemerken wir, daß einer Rede- oder Pressfreiheit in Baiern noch Folgendes entgegensteht: „So oft die Erzbischöfe oder Bischöfe dem Gouvernement im Inlande gedruckte oder daselbst eingeführte Bücher anzeigen, welche etwas dem Glauben, den guten Sitten oder der Kirchendisziplin Entgegengesetztes enthalten, so wird das Gouvernement Sorge dafür tragen, daß deren Verbreitung auf zweckmäßige Weise verhindert werde.“ So lautet Artikel 13 des bairischen Concordats vom 5. Jun. 1817.“

— Nach einer zu Homburg v. d. G. erschienenen Bekanntmachung ist der souveraine Landgraf Ludwig zu Hessen-Homburg am 19. Jan. 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Vormittags zu Luxemburg gestorben. Ihm folgt in der Regierung sein Bruder Philipp, geboren am 11. März 1779, welcher gleichfalls kinderlos und seit dem 8. Jan. 1838 in morganatischer Ehe vermählt ist.

#### Preußen.

In einem Schreiben aus Posen in der Allgemeinen Zeitung heißt es: „In dem schwebenden kirchlichen Streit ist von der katholischen Partei mehrmals auf die Observanz und alte Praxis im vormaligen Königreiche Polen zurückgewiesen worden, wo der Klerus ein entschiedenes Übergewicht über die weltliche Macht in allen kirchlichen Dingen ausgeübt haben will. Dem ist jedoch nicht so. Nachstehende beide Actenstücke aus Niemcewicz's unlängst erschienener Sammlung von historischen Denkmälern des alten Polens, in wortgetreuer Übersetzung, können dies zur Genüge belegen, wobei noch zu bemerken ist, daß Sigismund I. ein im Ganzen schwacher und

fu  
an  
W  
Pr  
daß  
ten  
so  
Laf  
—  
ter  
ter  
und  
ten  
gier  
Plo  
ter  
das  
bert  
seri  
Uns  
so b  
wah  
Güt  
dure  
richt  
daß  
dem  
Unte  
in U  
Besi  
känst

wiede  
und  
stör  
comm  
kung  
verbo  
hastu  
word  
daß i  
einer  
mittl  
behal  
nur g  
verha  
Belgi  
Dopp  
Minis

\* P  
den W  
tein,  
Einlei  
fung  
als die  
noch e  
Ausfü  
der St  
wie zu  
eine h  
Landes  
tel daz  
gemein  
schuld  
dann se  
gabepo  
prüfen,  
Comité  
den am  
dankbar  
Ersparu  
Armee u  
haushal  
gleich in

furchtsamer Fürst war. „Sigmund I., König von Polen etc. etc., an das plogker Domcapitel! Hochwürdige in Gott! Da der heilige Vater den von Uns zum Bischöfe der plogker Diocese ernannten Priester Raphael bisher nicht bestätigt hat, und Wir daher besorgen, daß hierdurch den Gütern dieses Bisthums von den feindlich gesinnten Nachbarn irgend ein Nachtheil erwachsen könnte, und zwar um so mehr, als Ihr, mit Euern heiligen Pflichten beschäftigt, dieser Last nicht genügen könnt, so wollen Wir und befehlen Wir Euch — bei Strafe Eurer Verjagung und der Confiscation aller Güter und aller Eurer Einkünfte — daß Ihr sofort sämtliche Güter und Einkünfte des plogker Bisthums den etc. Johann Leszczynski und Johann von Dporowo übergeben, und zwar unter den angedrohten Strafen und bei dem Verlust Unserer königlichen Gnade.“ — „Sigmund I., König von Polen, an Nikolaus Niszczy, Starosten von Plogk. Wohlgeborener und Uns Wohlgefälliger! Da der heilige Vater gegen Unsern Willen und gegen die Gesetze dieses Königreiches das plogker Bisthum dem Margrafen von Brandenburg, Johann Albert, dem Bruder unsers Feindes, des preussischen Großmeisters, conferirt hat, und da sich demnach bis jetzt der Papst weigert, den von Uns ernannten Bischof, den Priester Raphael Leszczynski, zu bestätigen, so befehlen Wir Ew. Getreuen, indem Wir die Rechte des Staates wahren wollen, und indem Wir zugleich besorgen, es möchten die Güter dieses Bisthums unter der Verwaltung der Domherren und durch die römischen Künste Schaden erleiden, auch hieraus Schwierigkeiten entstehen, aus denen Unser Feind Nutzen ziehen könnte — daß Ihr auf das schleunigste, als Starost jenes Kreises, zugleich mit dem Kastellan von Brzesk, Johann von Dporowo, und dem kaiserlichen Unterkämmerer und Starosten von Kadziejow, Johann von Lesno, in Unserm Namen die sämtlichen Güter des plogker Bisthums in Besitz und Verwaltung nehmet und darauf achtet, daß alle Einkünfte desselben für Unsern Candidaten aufbewahrt bleiben.“

### Italien.

Von der italienischen Grenze, 12. Jan. In Faenza ist wieder Alles ruhig. Die päpstlichen Carabiniere, deren Mannszucht und Haltung jedes Lob verdient, hatten die Urheber der letzten Ruhestörungen (Nr. 5) schnell aufgegriffen, worauf sie durch eine Militärcommission gerichtet und bestraft wurden. Dies scheint die beste Wirkung gethan zu haben. — Ein Brief aus Ancona spricht von Entdeckung verbotener Umtriebe daselbst und von hierdurch veranlaßten Verhaftungen. Eine Frau, welche von ihrem Ehemanne gemißhandelt worden, soll bei der betreffenden Behörde die Anzeige gemacht haben, daß ihr Gatte Mitglied einer geheimen Gesellschaft sei; dies soll zu einer Untersuchung geführt haben, wodurch mehrere Personen compromittirt worden seien. Wie weit diese Angaben sich bestätigen werden, behalte ich mir später zu berichten vor; vorläufig legt man der Sache nur geringe Wichtigkeit bei. Es scheint Grund zu der Vermuthung vorhanden zu sein, daß der Faden zu dieser Geschichte in Paris oder Belgien nur zu dem Zwecke gesponnen wurde, um der französischen Oppositionspartei gründlichem Stoff zu ihren Angriffen gegen das Ministerium Molé zu liefern. (Allg. Btg.)

### Dänemark.

\*Roeskilde, 14. Jan. Die neuesten Ständezeitungen theilen den Bericht des Finanzcomité mit, welches aus den Deputirten Teutein, Erschow, Graf Lerche, Herforth und Bang bestand. In der Einleitung dieses Berichtes erkennt das Comité an, daß die Verfassung der Finanzen im Ganzen genommen minder beunruhigend sei, als die vorige Ständeversammlung dies habe annehmen müssen; dennoch enthalte sie die stärkste Aufforderung zu schleuniger und kräftiger Ausführung von Ersparungen und andern Verbesserungen. Wenn der Staat zu so verderblichen Besteuerungsarten sich entschließen müsse wie zu denen durch das Lotto, den Ausfuhrzoll auf Landesproducte und eine hohe Posttaxe; wenn an kein Unternehmen zum Besten des Landes gedacht werden könne, ohne durch eine neue Steuer die Mittel dazu erst herbeizuschaffen; wenn man nach 25 Jahren eines allgemeinen Friedens nicht im Stande sei, einen Abtrag auf die Staatsschuld zu machen, ohne das Eigenthum des Staates zu verbrauchen: dann sei die höchste Nothwendigkeit vorhanden, jeden einzelnen Ausgabenposten, vom größten bis zum kleinsten, auf das strengste zu prüfen, um Ersparungen ausfindig zu machen. Darauf geht das Comité, ohne sich jedoch auf ein genaueres Detail einzulassen, zu den am dringendsten erforderlichen Ersparungen über, wobei jedoch dankbar anerkannt wird, daß im Hof- und Stalletat schon jetzt eine Ersparung von etwa 100,000 Rthlrn. gemacht worden sei. Von der Armee und der Marine wird behauptet, daß in diesem Zweige der Staatshaushaltung die bedeutendsten Ersparungen statt finden und diese so gleich ins Werk gesetzt werden könnten. Besonders wird die Mate-

rialverwaltung hervorgehoben und die Aufhebung der Militär-Fabrik gewünscht, welche, so lange sie für Rechnung des Staates betrieben würde, diesem große Verluste zuziehe, während sie zum Nutzen der inländischen Industrie dienen könne, wenn sie an einen Privatmann verkauft würde. Dasselbe gelte von dem Schiffs-werfte Gammelholm, welches für Dänemark's jetzige Kriegsflotte ganz überflüssig sei. Ferner wird der ungeheuren Ausgabe für Pensionen und Gratiale gedacht. Das Comité erkennt es hier vollkommen an; daß bei der Kargheit, mit welcher den Beamten jetzt im Allgemeinen die Besoldungen zugemessen wären, das System der Gratiale und Gnadengeschenke nicht ganz wegfallen könne; aber wenn die Gehalte in Übereinstimmung mit der Stellung und den Verhältnissen der Staatsbeamten neu geordnet würden, so könnte dennoch nicht nur eine ansehnliche Ersparung gemacht werden, sondern es würden auch so manche Staatsdiener von der Schmach befreit, das auf dem Wege der Gnade zu suchen, was ihnen von Rechtswegen für ihre dem Staate geleisteten Dienste zukäme. Endlich werden noch die vielen Specialfonds getadelt, welche einzelne Collegien zu verwalten haben, und auf Vereinigung aller dieser Kasernen mit der Haupt-Staatskasse gedrungen, sowie eine bessere Verwaltung der königlichen Domainen anempfohlen. Um alle angedeuteten Verbesserungen des Finanzwesens in Ausführung zu bringen, schlägt das Comité, wie auf der ersten roeskilder Ständeversammlung, vor, „daß Männer, die nicht ausschließlich zum Beamtenstande gehören, an den Verhandlungen derjenigen Commission Theil nehmen mögen, welche vom Könige zur Untersuchung des Zustandes der Finanzen und zur Ausarbeitung eines Planes zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Ausgaben und Einnahmen des Staates niedergesetzt worden ist.“ Diese Commission habe übrigens schon fast drei Jahre gefessen, ohne daß irgend etwas von ihrer Thätigkeit dem Volke bekannt geworden sei. Endlich wird noch eine vollständige und detaillirte jährliche Rechenschaft über sämtliche Staatseinnahmen und Ausgaben und eine Bekanntmachung derselben durch den Druck begehrt. In der Discussion wurde die Behauptung des Comité, daß der Zustand der Finanzen gegenwärtig minder beunruhigend sei als zur Zeit der ersten Ständeversammlung, namentlich von Hrn. Algreen-Ussing lebhaft bestritten. Er zeigte, daß die Stellung der Finanzen durch ein mit der Nationalbank getroffenes Arrangement nur scheinbar verbessert sei, daß aber in Wahrheit in jener Übereinkunft nichts Anderes läge als eine neue Staatsanleihe. Wie schon so oft in frühern Nothfällen, habe wiederum jetzt die Bank den Finanzen zu Hülfe kommen müssen, was keineswegs eine günstige Aussicht in die Zukunft gewähren könne. Rechne man genau, so finde noch immer eine jährliche Unterbalance von 1,400,000 Rthlrn. an dem Staatsbedarfe statt. Bedenke man nun, daß drei volle Jahre verlossen wären, seitdem die Ständeversammlung ihre erste Bitte um energische Ersparungen eingereicht habe, ohne daß diese Petition ein Resultat gehabt, so müsse er dringend gegen den Ausdruck „minder beunruhigend“ protestiren und auf eine Ausdrucksweise wie die in der jütischen Ständeversammlung gebrauchte antragen, wo es in der Finanzpetition heiße: „daß des Königs Auserung: er hoffe, daß, wenn keine außerordentlichen Ausgaben einträten, die Unterbalance gedeckt werden könne, ohne daß neue Abgaben oder neue Anleihen nöthig seien, die Ständeversammlung und das ganze Land in tiefe Trauer und in die größte Unruhe versetzt habe.“ Wenn das Comité darauf einen großen Werth lege, daß 100,000 Rthlr. an dem Hof- und Stalletat im Jahr 1836 erspart wären, so müsse man hierbei wohl erwägen, daß diese Ausgaben, z. B. die Unterhaltung der königlichen Schlösser u. s. w., ihrer Natur nach sehr variabel wären und in einem der beiden folgenden Jahre so viel mehr betragen haben würden. Im Ganzen würden dagegen für die Hofhaltung so große Summen verwendet, daß diese mit den Einnahmen des Landes in gar keinem Verhältnisse ständen. Dies sei die allgemeine Meinung des Volkes, und diese auszusprechen sei Pflicht der Stände sowol gegen den König als gegen das Volk. Der König sei die Genügbarkeit selbst und die Mitglieder des königlichen Hauses führten ein stilles und eingezogenes Leben, sodas Niemand behaupten könne, diese brauchten für ihre eigne Person mehr, als passend sei; aber demungeachtet erfoderten die vielen verschiedenen Hofhaltungen so außerordentliche Summen, daß das Volk die begründetste Hoffnung nähren dürfe, daß der König, wenn er darüber aufgeklärt würde, die wirksamsten Veranstaltungen treffen werde, grade diese Ausgabenposten einzuschränken. Das müsse dem Könige von den Ständeversammlungen offen gesagt werden; denn von wem solle er es sonst erfahren, wohin die

Wünsche des Volkes gingen? „Will aber die Versammlung, schloß der Redner diesen Punkt, in ihrer Petition dies nicht aussprechen, so will ich wenigstens es hier gesagt haben und fordern, daß es als meine Äußerung in die Ständezeitung übergehe; denn ich will nicht in dieser Versammlung sitzen, in welche das Vertrauen meiner Mitbürger mich berufen hat, ohne Dasjenige ausgesprochen zu haben, was das ganze Volk mit mir meint und denkt.“ Endlich beleuchtete der Redner noch mehrere specielle Punkte und forderte den königlichen Commissarius zu einigen Erläuterungen auf. Auf die Frage: wie die Finanzen die Entschädigungssumme aufzubringen gedächten, welche für die Aufhebung der Zollprivilegien in den Herzogthümern Schleswig und Holstein zu zahlen wäre, antwortete der Commissar, daß er nicht im Stande wäre, diese Frage zu beantworten, aber er zweifle doch nicht, daß entweder Anleihen oder die Staatsactiva, welche die Finanzen noch besäßen, zu diesem Zwecke verwendet werden müßten, wofür indessen die vermehrte Zolleinnahme reichlich Ersatz geben werde. Auf eine andere Frage gestand der königliche Commissar zu, daß die Finanzen auch in den Jahren 1837 und 1838 fortgeführten hätten, die Staatsactiva dazu zu benutzen, um die contractmäßigen Abträge auf die Staatsschuld zu leisten. Ob die Finanzrechnung über das Jahr 1837 bald erscheinen werde, war dem Vertreter der Regierung nicht bekannt, und was die besprochene Finanzcommission angehe, so wisse er nicht, „ob eine solche eigentlich existire“; dagegen sei dem Finanzminister der Auftrag erteilt, mit einigen andern Männern zu erwägen, wie das Gleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben wiederherzustellen wäre. Endlich erfuhr man auch, daß in den beiden letzten Jahren höchst bedeutende Steuererlasse zur Erleichterung des Landmannes wegen der schlechten Conjunctionen statt gefunden haben, was wol auf eine sehr ungünstige Staatsrechnung für die Jahre 1837 und 1838 vorbereiten muß. Nach längern Debatten wurden endlich folgende Anträge beschlossen: „1) Der König wolle auf das kräftigste die nöthigen Maßregeln ergreifen, durch Ersparungen die jährlichen Ausgaben des Staates zu vermindern; 2) der König möge eine besondere Commission ernennen, um untersuchen zu lassen, ob und wie weit die Domainen und königlichen Waldungen zu einem höhern Ertrage gebracht werden könnten; 3) daß Männer, die nicht ausschließlich zum Beamtenstande gehören, zu den Verhandlungen über die Verbesserung der Finanzlage zugezogen werden möchten; 4) daß eine vollständige, detaillirte Staatsrechnung jährlich durch den Druck bekannt gemacht werde.“ Außerdem wurde noch, außer einigen weniger bedeutenden Amendements, eins des Abgeordneten Uffing angenommen, welches dahin ging, „daß Se. Majestät allergnädigst eine bestimmte Summe für die Ausgaben des königlichen Hauses normiren wolle, welche nicht bloß die Apanagen und Deputatgelber, sondern auch diejenigen Summen befaße, welche auf die Erhaltung der königlichen Schlösser und Gärten, sowie für die christiansburger Stuterei verwendet werden sollten, und daß Se. Majestät hierbei die möglichste Rücksicht auf den bedrückten finanziellen Zustand des Staates nehmen möge.“ Dieser letzte Antrag ging nur mit einer Majorität von zwei Stimmen, nämlich mit 32 gegen 30, durch, während die obigen Hauptanträge alle fast einstimmig angenommen worden waren.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Jan. Unsere Akademie der Wissenschaften beging vorgestern ihr 112. Stiftungsfest und mit demselben den solennen Act, den sie seit dem Jahr 1826 an diesem Tage zu begehen pflegt. Eine zahlreiche Versammlung aus allen Ständen wohnte demselben bei. Der beständige Secretair der Akademie, der wirkliche Staatsrath Fuß, verlas den Jahresbericht, in welchem er eine umständliche Darstellung vom Gesamtzustande der Akademie, wie von der wissenschaftlichen Thätigkeit ihrer Glieder im Verlaufe des letzten Jahres gab. Nach Verlesung des Jahresberichtes hielt Hr. v. Bähr einen interessanten Vortrag über die Verbreitung des organischen Lebens in allen geographischen Breiten und selbst bis an die äußersten Pole unsers Planeten, was er vom untersten Kettenglied organischer Wesen bis zu den höhern, edlern Thiergattungen durchzuführen suchte. Unter den bei dieser Sitzung neu aufgenommenen Ehrenmitgliedern der Akademie bemerkten wir von Inländern: den wirklichen Staatsrath Adlung, Director des unter dem auswärtigen Ministerium stehenden orientalischen Institutes, sowie unter der Zahl der Correspondenten den an der Universität zu Dorpat angestellten, jedoch schon im zweiten Jahre hier anwesenden und mit elektro-magnetischen

Arbeiten beschäftigten Professor Jakobi. — Am 24. Dec. beging die Universität zu Dorpat das Fest ihrer vor 35 Jahren geschehenen Stiftung. Bei dieser Gelegenheit trug Professor Bunge, Dekan der Juristenfacultät, einen Bericht über den Zustand und die Wirksamkeit der Universität im letztverlaufenen akademischen Jahre vor; er knüpfte daran eine biographische Skizze und Charakteristik des im Februar vergangenen Jahres zu Gießen verstorbenen, um die Universität Dorpat sehr verdienten Professors Clossius, und veröffentlichte sodann die Preise, welche mehren Studirenden zuerkannt wurden. Nach Beendigung des festlichen Actes versammelten sich die Professoren und Studirenden der Rechtsfacultät im juristischen Hörsaal, wo die feierliche Aufstellung eines Brustbildes des verstorbenen Professors Clossius statt fand, das seine dankbaren Schüler vom Maler Hau hatten ausführen lassen. (Dr. St. Btg.)

### Türkei.

Konstantinopel, 2. Jan. Der Staatsrath des Innern, Scherif-Bei, ist vor einigen Tagen mit Tod abgegangen und an seine Stelle der bisherige Botschafter in London, Sarim-Efendi, ernannt worden. — Am 20. Dec. hat der Sultan die in der Kaserne von Kuleli neuerrichtete Quarantaineanstalt in Augenschein genommen und seine Zufriedenheit über deren zweckmäßige Einrichtung sowol gegen den Contumaxdirector, Dr. Minas, als gegen die bei diesem Anlaß anwesenden Regimentsärzte Dr. Neuner und Dr. Bernard geäußert. — Die Oberaufsicht über die Polizei von Pera und Galata ist abermals, wie in frühern Zeiten, dem Kapudan-Pascha übertragen worden, welcher demzufolge seinen Kiaja, den Kapidschi-Baschi Ahmed-Aga, als Nasic über Galata aufstellte. Der Reichshistoriograph und vormalige Herausgeber der Türkischen Zeitung, Esad-Efendi, hat den Grad eines Rumeli-Kaziaskeri erhalten. Der bisherige Oberberrabbiner, ist seines Amtes enthoben und durch den Rabbiner Moise Fresco ersetzt worden. — Der öffentliche Gesundheitszustand in dieser Hauptstadt und deren Umgebungen erhält sich fortwährend befriedigend. (Wien. Btg.)

### Ägypten.

Alexandrien, 16. Dec. Die Nachrichten aus Syrien sind beruhigender Art. Ibrahim-Pascha ist in Antiochien und verliert keinen Augenblick die türkische Armee aus den Augen, die vor kurzer Zeit Bewegungen nach der östlichen Grenze Anatoliens hin machte. Die sogenannten Unruhen in Kandia (Nr. 316 v. J.) sind so unbedeutender Art gewesen, daß sich hier Niemand darum bekümmerte. Übrigens ist die griechische Bevölkerung daselbst zufriedener mit der Regierung des Pascha als die türkische, und wir zweifeln, daß sie sich zu Gunsten einer andern Regierung aufwiegen lassen wird. Es ist ein vornehmer russischer Offizier hier angekommen, wenn wir nicht irren, der Oberst Paschof, ein Verwandter des Fürsten Paskevitch. Der russische sowol als der englische Generalconsul sind nach Oberägypten abgereist, der französische wird ihnen bald folgen. (Allg. Btg.)

### Börsennachrichten.

London, 16. Jan. 3% Stock 94<sup>3</sup>/<sub>8</sub>; 5% Span. Arb. 18; 3% Port. 22<sup>1</sup>/<sub>4</sub>; 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% Holl. Int. 54<sup>3</sup>/<sub>8</sub>.  
Amsterdam, 18. Jan. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% Holl. Int. 54<sup>7</sup>/<sub>16</sub>; 5% Span. Arb. 16<sup>13</sup>/<sub>16</sub>; Rangen 25<sup>1</sup>/<sub>16</sub>.  
Paris, 18. Jan. 5% 110. 35; 3% 78. 75; 5% Neap. 99. 40; 5% Span. Act. 18; 3% Port. 22<sup>1</sup>/<sub>4</sub>; St.-Berm.-E. 585; Verf.-E. rechts 565; Verf.-E. links 210.  
Wien, 19. Jan. 5% Met. 108<sup>1</sup>/<sub>4</sub>; 4% Met. 100<sup>3</sup>/<sub>8</sub>; 3% Met. 80<sup>7</sup>/<sub>8</sub>; W. B.-Act. 1490—1489; W. 500-Fl.-L. 140; W.-Nordb. 104<sup>3</sup>/<sub>8</sub>; Ven.Mail.-E. 104; Wien.-Raab. E. 105<sup>3</sup>/<sub>8</sub>.  
Frankfurt a. M., 21. Jan. 5% Met. 106<sup>15</sup>/<sub>16</sub> G.; 4% Met. 99<sup>5</sup>/<sub>8</sub> G.; 3% Met. 79<sup>5</sup>/<sub>8</sub> G.; W. B.-Act. 1795 G.; W. 500-Fl.-L. 137<sup>1</sup>/<sub>4</sub> G.; 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% Holl. Int. 53<sup>1</sup>/<sub>4</sub> G.; Taun.-E. 257<sup>1</sup>/<sub>4</sub> G.  
Berlin, 22. Jan. 4% St.-Sch.-Scheine 103; Seehdlg.-Präm.-Sch. 69<sup>3</sup>/<sub>4</sub>; W. B.-Act. 1011; Poln. 300-Fl.-L. 68<sup>1</sup>/<sub>2</sub>; Poln.-500 Fl.-L. 77<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlags-handlung.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.